

# mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 35

**SOS**  
MITMENSCH

KOLPORTAGE DAVON 1,25  
**2,50€**  
EURO FÜR



Was Firmen verweigern:  
**ANONYM BEWERBEN**

Gespräch mit N. Ceipek  
**KINDER-DREHSCHLEIBE**

Richtungswechsel?  
**DIE FPÖ NACH MÖLZER**

**WAS LÄUFT SCHIEF?**

# PROBLEMFALL SCHULE

# Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

**Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen.** Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.

**Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich.** Österreich

braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

**Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins.**

Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

**Straßenkolportage nervt aber auch manchmal.** Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

**Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst.** Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

**Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten.**

Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an:

[office@sosmitmensch.at](mailto:office@sosmitmensch.at)

Danke.



**JETZT SPENDEN!**  
PSK 91000590, BLZ 60000



Schulpolitik als Dauerhänger. Foto: Karin Wasner

## Liebe Leserin Lieber Leser

Liegen die Nerven blank beim Wiener Stadtschulrat, dass man MO-Autorin Clara Akinyosoye keine Erlaubnis für ein Gespräch mit einer Lehrerin oder auch nur einen Schulbesuch erteilte? Oder hat es mit der Unruhe, von der die Schul- und Bildungsdebatte schon seit längerem getragen ist, nichts zu tun und es war nur Zeitnot, dass man sie zwar hingehalten, aber nie zurückgerufen hat? Egal, unsere Autorin führte dennoch aufschlussreiche Gespräche, wenn auch anonym und bei spürbarer Verunsicherung der LehrerInnen. Es scheint, als würde der politische Druck direkt auf die Lehrkräfte weitergegeben werden. Die Frage, die uns in diesem Dossier besonders interessiert, ist, wie sehr sich angesichts heftig diskutierter Probleme der Schulbetrieb tatsächlich Richtung Realität angenähert hat. Wurden die Volksschullehrerinnen für Schulklassen mit – speziell in Wien – teils hohem Migrationsanteil mit Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet – oder eher alleingelassen? Und wie sieht es mit der Chancengleichheit aus, wird Bildung – so wie etwa Vermögen – auch weiterhin vererbt? Es scheint, als hätte sich der Konservatismus der österreichischen Politik (erst schauen, was Deutschland macht), durchgesetzt. Es wird viel und emotional diskutiert, dafür wenig umgesetzt, egal ob Gesamtschule oder Team Teaching. So könnte man es auf den Punkt bringen. In einem Streitgespräch in dieser MO-Ausgabe merkt der Soziologe Kenan Güngör an, dass die hiesige Bildungsdiskussion (im Vergleich zu Deutschland) derart ideologisch geführt wird. Das versteht Güngör nicht. Wir auch nicht.

Spannende Momente wünscht  
Gunnar Landsgesell



Illustration: Eva Vasari



Foto: Ulli Gladik



Montage: istockphoto/ et\_engineer, Leila Paul

## Einstieg

### 3 EDITORIAL

### 4 INHALTSVERZEICHNIS

### 7 HANDLUNGSBEDARF

Kein Asyl ohne Schlepper. Das europäische Asylsystem gleicht einem Schildbürgerstreich.

*Kommentar: Alexander Pollak*

## Dossier Schule und Migration

### 8 DANN HELFEN MIR DIE KINDER

Jedes vierte Kind in Österreich hat eine andere Umgangssprache als Deutsch. Wie reagieren die Schulen? Ein Lokalausgleich von *Clara Akinyosoye*

### 12 HAUS ODER MAUS?

Sprachstandfeststellungen entscheiden, ob ein Kind Volksschulreife hat. Die Methode wird kritisiert.

*Text: Fritz Franz*

### 14 VERERBTE BILDUNG

Österreich leistet sich eines der teuersten Schulsysteme Europas. Wie steht es mit der Chancengleichheit?

*Text: Katharina Schmidt*

### 18 DAS IST ZUKUNFTSRAUB

ÖVP-Wien Bildungssprecherin Isabella Leeb und der Soziologe Kenan Güngör im Gespräch über verfehlte Schulpolitik.

*Moderation: Gunnar Landsgesell, Alexander Pollak*

### 22 DER ANFANG WAR URSCHWER

Kinder von Asylwerbenden kommen im Schulbetrieb nicht leicht unter. Ein Blick auf einen wenig beachteten Aspekt der Schuldebatte.

*Reportage: Eva Bachinger*

## Rest der Welt

### 26 DA WURDE ICH FALSCH ZITIERT

Norbert Ceipek, Leiter der Drehscheibe, fiel durch umstrittene Aussagen über „Roma-Clanchefs“ auf, die Unterebene zum Betteln zwingen.

Eine Spurensuche von *Ulli Gladik*.

### 30 „TEIL-ANONYM“ ALS LÖSUNG

Mit zwei Projekten sollten anonyme Bewerbungen in Österreich getestet werden, um Diskriminierung vorzubeugen. Das Ergebnis ist kurios.

*Text: Nasila Berangy*

### 33 PROBLEMATISCHE PARAGRAFEN

Über Ermittlungen gegen zivilgesellschaftliches Engagement auf Basis fragwürdiger Gesetze.

*Text: Stefan Kraft*

### 36 FRONTBEGRADIGUNG

Wie hat sich die FPÖ nach dem erzwungenen Abgang von Andreas Mölzer positioniert?

*Text: Andreas Peham*

## Rubriken

### 39 NEUES VON DER BOCK

Dass Viktor der Frau Bock über den Weg gestolpert ist, war sein Glück. Frau Bock über spezielle Schikanen und ein Leumundszeugnis für eine Zehnjährige.

Aufgezeichnet von *Gunnar Landsgesell*

### 40 KOLUMNEN

*Martin Schenk* über Kaffeetrinken in schweren Zeiten.

*Philipp Sonderegger* über die Säulen der Macht.

*Clara Akinyosoye* über die Tücken der Meinungsfreiheit.

### 42 MEDIEN

Das Handbuch Armut wurde neu aufgelegt und erweitert.

### 43 SPOTLIGHT

Unternehmensnahe Denkfabriken breiten sich in Österreich aus. Agenda Austria ist eine von ihnen.

*Text: Pinguin*

### 45 SOS MITMENSCH ...

NGOs an Brüssel: Flüchtlinge sind keine Feinde!

### 46 ANDERE ÜBER ...

Im Innenministerium wurde ein neuer Migrationsrat eingerichtet? Wozu eigentlich?

*Kommentar: simon INOU*



© Stockphoto/Cliff Parnell

## Entwicklungszusammenarbeit wirkt

Bessere Lebensbedingungen, mehr Chancen und Perspektiven – Entwicklungszusammenarbeit trägt dazu bei. Wir unterstützen unsere Partner auf ihrem eigenen Weg.

Österreich setzt sich seit vielen Jahren für mehr Sicherheit und Gerechtigkeit auf der Welt ein. Denn stabile demokratische Strukturen sind für die Armutsminderung ebenso notwendig wie eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und eine verlässliche Wasser- und Energieversorgung. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa sowie in der Karibik – damit es uns allen besser geht.

- Armut mindern
- Frieden sichern
- Umwelt schützen

Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit

[www.entwicklung.at](http://www.entwicklung.at)

[@entwicklungat](https://twitter.com/entwicklungat)

[facebook.com/OsterreichischeEntwicklungszusammenarbeit](https://facebook.com/OsterreichischeEntwicklungszusammenarbeit)



Kathl Henz / Mario Rott

Die gemeine Gerbera war schon immer Gretas liebste Grünpflanze. Die körbchenförmigen Blütenstände, die fiederteiligen Blätter, die zweizipfelige Kronröhre.... Niemals würde ein von Menschenhand erschaffenes Artefakt auch nur annähernd so symmetrisch und rundherum vollkommen sein. Die einzige Ausnahme war da vielleicht Gretas neue Sonnenbrille, zufällig in ihrer Lieblings-Gerbera-Farbe...

**Brillen.manufaktur** <sup>®</sup>

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

# Vermehrt Schönes!

### Das MehrWERT Sponsoringprogramm

Unter Sponsoring verstehen wir die freiwillige Förderung und Unterstützung von Institutionen, Initiativen und Projekten im Kultur-, Sozial-, und Bildungsbereich.

Durch das MehrWERT Sponsoringprogramm bekennt sich das Unternehmen zu seiner sozialen Verantwortung und zu den Werten, die wir für unterstützungswert erachten.

Sponsoring wie wir es verstehen, ist MEHRWERT-Sponsoring.

[www.sponsoring.erstebank.at](http://www.sponsoring.erstebank.at)

**ERSTE**   
Mehrwert Sponsoring



# „DER STANDARD beschert mir graue Haare. Aber deshalb abonniere ich ihn ja.“

Markus Zauner, STANDARD-Abonnent seit seiner Gründung 1988



**Jetzt 3 Wochen gratis testen!**

Bestellen unter 0810/20 30 40  
oder auf [derStandard.at/Testabo](https://www.derstandard.at/Testabo)

DER STANDARD fordert seine Leserschaft täglich aufs Neue heraus. Mit Themen, die einen nicht loslassen. Mit Kommentaren, die nachdenklich machen. Wie sich DER STANDARD so etwas erlauben kann? Dank jener Menschen, die ihn aus genau diesem Grund abonnieren.



Die Zeitung für Leser

## MIGRATIONSPOLITIK

# Kein Asyl ohne Schlepper

Das europäische Asylsystem gleicht mittlerweile einem Schildbürgerstreich. Es existiert fast nur noch, weil es von FluchthelferInnen unterlaufen wird.

Kommentar: Alexander Pollak

Die Innenministerin ist gescheitert. Im November 2012 hielt Johanna Mikl-Leitner eine bemerkenswerte Rede im österreichischen Parlament. „Ich lasse es nicht zu, dass permanent das Thema Asyl mit Kriminalität in Verbindung gebracht wird“, so Mikl-Leitner unter dem Beifall der Regierungsfractionen. Eineinhalb Jahre später sieht alles anders aus. Die Kriminalisierung hat ihren Höhepunkt erreicht. Sämtliche Flüchtlinge finden sich im Kriminal wieder, wie der Bericht zur „Organisierten Schlepperkriminalität 2013“ des Bundeskriminalamtes zeigt.

Der Jahresbericht kennt nur noch zwei Kategorien von Flüchtlingen: jene, die „rechtswidrig auf eigene Faust eingereist“ sind, und jene, die „rechtswidrig mit Hilfe von Schleppern eingereist“ sind. Besonders problematisch: Die Statistik der geschleppten Personen führt Menschen aus bekannten Kriegs- und Krisenregionen an: syrische Staatsangehörige (1.951), gefolgt von Personen aus der Russischen Föderation (1.661) und Menschen aus Afghanistan (1.632).

Das Asylsystem gleicht im Jahr 2014 einem Schildbürgerstreich: Wer in Europa Schutz

finden will, kann nur innerhalb Europas einen Asylantrag stellen, darf aber nicht legal nach Europa reisen. Ein Durchkommen ist praktisch nur mit Unterstützung professioneller FluchthelferInnen möglich. Einzige Ausnahme: die von europäischen Regierungen zugesagten Kleinkontingente für syrische Flüchtlinge.

Alle anderen Flüchtlinge stehen einer massiven Grenzabwehr gegenüber. Rund um Länder wie Österreich wurde noch ein zweiter Festungswall errichtet: das Dublin-Abkommen. Nur wessen Fluchtroute nicht nachvollziehbar ist, kann in Österreich Asyl beantragen.

Kürzlich begründete ein anerkannter Flüchtling auf Ö1, warum er Fluchthilfe in Anspruch nehmen *musste*: „Der Grund, wieso ich weg musste, wieso ich diese gefährliche Reise machen musste, der Grund, wieso ich Schlepper und Mittelsmänner bezahlen musste, ist: Es hat einfach keine andere Möglichkeit gegeben, Schutz zu bekommen. Selbst wenn es mir gelungen wäre, in die Botschaft eines EU-Landes zu gelangen: Ich hätte dort keinen Schutz bekommen.“

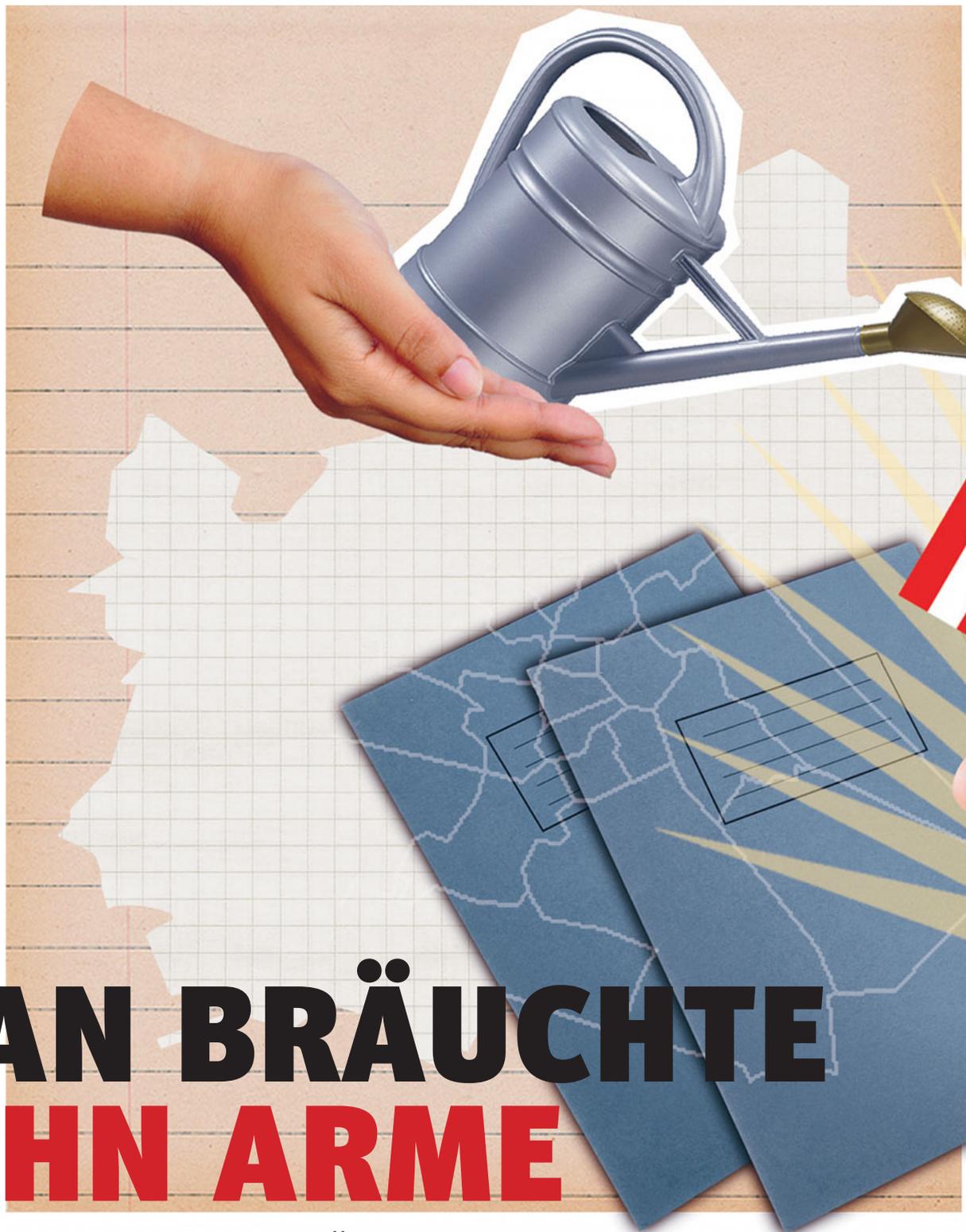
Gäbe es keine FluchthelferInnen und wür-

de niemand eine rechtswidrige Handlung setzen, wäre das Recht auf Asyl in Europa inzwischen weitgehend zum toten Recht verkommen. Prozesse gegen FluchthelferInnen, die Flüchtlinge nicht misshandelt, sondern ihnen einzig zur Ein- oder Weiterreise verholfen haben, stehen für die Doppelbödigkeit des Systems. Fluchthelferinnen droht selbst dann eine mehrjährige Gefängnisstrafe, wenn die Einreisenden nachweislich politisch verfolgt waren. Auch wer Verwandten oder Bekannten für minimale Aufwandsentschädigungen hilft, wird vom Schlepperparagrafen erfasst.

Eine umfassende Reform des als Kriminalisierungsinstrument wirkenden Paragrafen ist dringend vonnöten. Es braucht wieder legale Fluchtmöglichkeiten nach Europa. In den vergangenen Wochen wurden dazu zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen gestartet. Ein Weckruf an die österreichische und die europäische Politik.



Illustration: Petja Dimitrova



# MAN BRÄUCHTE ZEHN ARME

Jedes vierte Kind in Österreich hat heute eine andere Umgangssprache als Deutsch. Volksschulen stellt das vor große Herausforderungen. Die LehrerInnen werden darauf aber nur ungenügend vorbereitet. Was läuft schief in diesem Betrieb?

Reportage: Clara Akinyosoye  
Illustration: Eva Vasari



schulkind eine andere Umgangssprache als Deutsch. Das sind in Zahlen rund 84.000 Kinder. Allein in Wien sind es mehr als 35.000. Die Tendenz ist steigend. Wobei es hier in den verschiedenen Bezirken große Schwankungen gibt. Während in Hietzing Deutsch für etwa jeden Fünften eine Zweit- bzw. Fremdsprache ist, trifft das in Margareten auf neun von zehn Kindern zu. Laut dem Nationalen Bildungsbericht 2012 gingen im Schuljahr 2009/2010 nur noch 25 Prozent aller Volksschüler in Klassen, in denen alle SchülerInnen ausschließlich Deutsch sprechen.

Grundsätzlich werden die Klassen immer heterogener. Dort sitzen Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten, mit verschiedenen Begabungen und Sprachständen, mit unterschiedlichen Wurzeln. Allein

### **WENN ICH SPRACHLICH NICHT WEITER WUSSTE, HALFEN SCHÜLERINNEN. EINE LEHRERIN**

die Tatsache, dass ein Kind Deutsch nicht als einzige Umgangssprache hat, bedeutet nicht zwingend, dass es der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Doch Fakt ist: Viele mehrsprachige Kinder haben oft noch Defizite in der deutschen Sprache, die in der Volksschule ausgeglichen werden sollen. Das stellt Lehrer und Lehrerinnen vor große Herausforderungen. Und es ist auch ein gewisser Druck zu spüren. Bewilligungen des Stadtschulrats für Gespräche sind nicht leicht zu bekommen, LehrerInnen selbst haben Sorge, dass ihre Worte politisch instrumentalisiert werden könnten. Man erinnere sich an eine rüde geführte Diskussion unter dem Schlagwort „Ghettoklassen“.

### **Heterogene Klassen**

Tamara Schneider (Name von der Redaktion geändert) arbeitet seit drei Jahren als Volksschullehrerin im 10. Bezirk, wo der Anteil mehrsprachiger Kinder im Durchschnitt rund 70 Prozent beträgt. Bei Schneider ist die Quote höher. Von 25 Kindern haben 23 eine andere Erstsprache als Deutsch. Die meisten haben türkische Wurzeln.

**V**or einer Wiener Volksschule tummeln sich Kinder. Es ist kurz vor zwölf Uhr an einem Freitag. Ein Schultag ist zu Ende gegangen. Ein junges Mädchen in einem pinkfarbenen Kleid mit langen schwarzen Haaren und hellbrauner Haut gluckst vor Freude. Ein großer Mann mit dunklen Haaren hat sie von der Schule abgeholt. Wer einen Blick auf diese Schul-

kinder und ihre Eltern wirft, merkt: Wien ist längst zur multiethnischen Metropole geworden. In den Volksschulen sind mehrsprachige Kinder keine Seltenheit mehr. 100 Sprachen insgesamt, wobei ein Großteil Bosnisch/Kroatisch/Serbisch oder Türkisch spricht.

In Österreich hatte laut Statistik Austria im Schuljahr 2012/2013 jedes vierte Volks-

Der hohe Anteil machte ihr anfänglich noch Sorgen: „Ich dachte, ich komme in die Klasse und verstehe kein Wort“, erzählt Schneider. Das war aber nicht der Fall. Der Großteil der Kinder kann sich gut oder zumindest ausreichend auf Deutsch verständigen. Ein paar wenige hatten größere Probleme, sich mitzuteilen. Wenn sie nicht mehr weiterwusste, halfen ihr die SchülerInnen. „Ich hab ein paar Kinder in der Klasse, die perfekt übersetzen können.“

Im ersten Jahr, wo es in erster Linie darum geht, Schreibübungen zu machen und ein Gefühl für Mengen zu bekommen, sei mangelhaftes Deutsch noch kein allzu großes Problem, sagt Schneider. Schwierig wird es, wenn es darum geht, Lesen und Schreiben zu lernen.

Der Bedarf an sprachlicher Förderung ist jedenfalls gegeben. Seit Anfang der 1990er Jahre sind der Deutsch-Förderunterricht und muttersprachlicher Unterricht Teil des Regelunterrichts. Wie die Schulen den Unterricht gestalten, bleibt ihnen überlassen. Entweder werden die Kinder aus der Klasse genommen und bekommen parallel Unterricht oder Klassen- und BegleitlehrerInnen unterrichten im Team. So kann individuell auf die SchülerInnen eingegangen werden. Das Ausmaß an Förderstunden ist gesetzlich geregelt. Höchstens fünf Stunden sind für die SchülerInnen veranschlagt. Kinder, die so wenig Deutsch sprechen, dass sie dem Unterricht nicht folgen können, werden als „außerordentliche Schüler“ aufgenommen. Für sie sind mehr Stunden vorgesehen.

Das Ausmaß an Förderstunden ist gesetzlich geregelt: höchstens fünf Stunden pro Schülerin.



### Wer kann, wählt die Privatschule

Der Wiener Stadtschulrat gibt an, dass in der Bundeshauptstadt rund 2.500 Kinder elf Deutsch-Förderstunden pro Woche erhalten. Bei 20 bis 25 Unterrichtsstunden pro Woche wäre das die Hälfte der Unterrichtszeit. Rechnet man aber die sieben ohnehin für alle im Lehrplan verankerten Deutschstunden mit, kommt man de facto auf nur vier Extrastunden Förderunterricht. Doch auch die seien nicht in Stein gemeißelt, sagt Thomas Bulant, Vorsitzender der Gewerkschaft für PflichtschullehrerInnen. Falls LehrerInnen krank sind und suppliert werden müssen, würden die BegleitlehrerInnen dafür abgezogen. Der För-

### EIN BELASTUNGSINDEX SOLL DEN BEDARF JEDER EINZELNEN SCHULE ERUIEREN

derunterricht entfällt dann einfach.

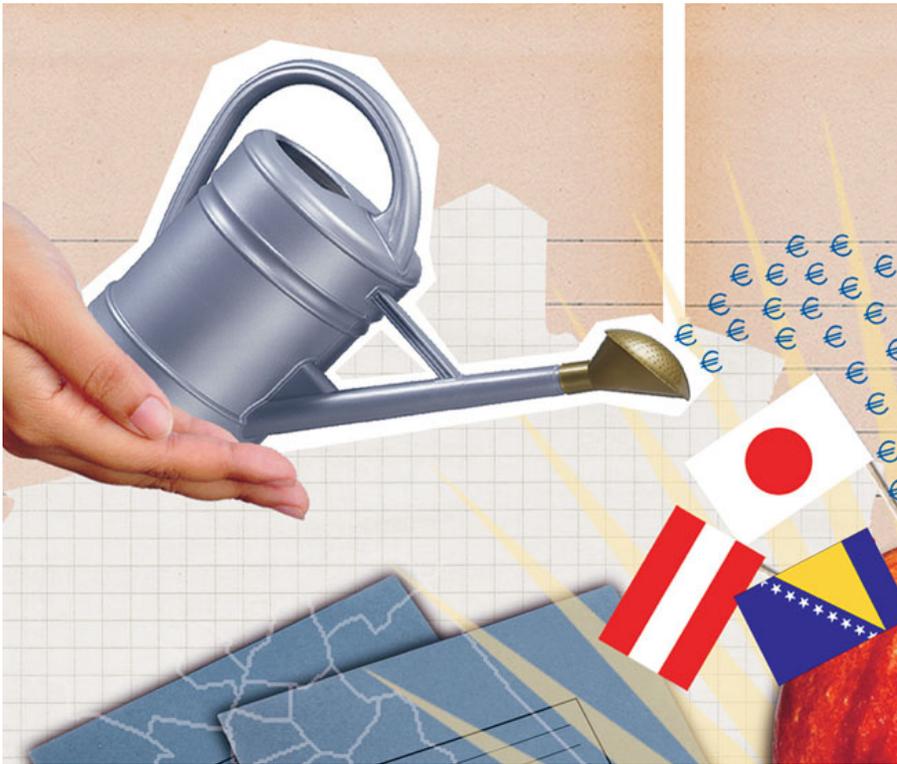
Wie viel Deutsch-Förderunterricht in Österreich tatsächlich abgehalten wird, ist nicht so einfach zu ermitteln. Im Gegensatz zum muttersprachlichen Unterricht sind die Gelder, die die Bundesländer dafür erhalten, nicht zweckgebunden. Ob die Mittel für Sprachförderung oder andere Zwecke ausgegeben wurde, muss dem Bund nicht nachgewiesen werden, sagt das Bildungsministerium. Daher findet auch keine statistische Auswertung statt. Der Gewerkschafter Bulant kritisiert das. Die Mittel aus dem Finanzausgleich, so Bulant,

kommen nicht zur Gänze dort an, wofür sie gedacht sind. In den Bundesländern werden zum Beispiel Kleinstschulen gegenfinanziert, in Wien Sonderschulen.

Groß ist ungeachtet dessen der Anspruch, der an VolksschullehrerInnen gestellt wird. Sie sollen Sprachdefizite ausbessern, Kinder individuell fördern und im besten Fall für die AHS fit machen. Ist das zu viel verlangt? Wenn es nach Thomas Bulant geht, ja. Die LehrerInnen seien mit der Situation überfordert. Es gäbe eine geringe Durchmischung der Schulen. „Wer es sich leisten kann, schickt sein Kind in eine Privatschule“, sagt Bulant. Eigentlich sollten in den ersten zwei Jahren die Klassen doppelt besetzt sein, Ressourcen würden dafür aber nicht bereitgestellt. Unter den aktuellen Bedingungen könne Chancengleichheit deshalb auch nur schwer gewährleistet werden. Es sei nahezu unmöglich, Kinder, die Probleme mit der deutschen Sprache haben, in vier Jahren fit für das Gymnasium zu machen. „Irgendwann investiert man dort, wo es mehr Erfolgchancen gibt“, gesteht Bulant ein. „Ganz unbewusst.“

### „Belastete“ Schulen

Michael Bruneforth vom BIFIE hat sich mit der Frage beschäftigt, welcher Zusammenhang zwischen sozialem Background und der individuellen Schulleistung besteht. Er hat für jede Schule einen Belastungsindex erstellt, der anhand von Risikofaktoren aufzeigt, wie sich Schulen mit hoher Belastung in Österreich verteilen. Wenn in eine Schule vermehrt Kinder gehen, die Deutsch nicht als Alltagssprache nutzen, deren Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss oder einen niedrigen Berufsstatus haben, sei die Schule besonders belastet. Für einen urbanen Raum wie Wien trifft das in besonders hohem Maß zu. Bruneforth: „Diese Schulen bleiben systematisch hinter anderen Schulen zurück.“ Heißt konkret: Wer in eine solche Schule geht, hat bereits schlechtere Chancen. Auch Kinder aus bildungsstärkeren Familien würden in solch einer Schule schlechtere Leistungen erbringen, sagt Bruneforth. Der Wissenschaftler kritisiert aber auch, dass in vielen Analysen eine Fokussierung auf Migration und Mehrsprachigkeit gelegt werde. Die Frage der sozialen Klasse, der Benachteiligung von sozialen Unterschichten, werde vernachlässigt. Eine Lösung für mangelnde Bildungsgerechtigkeit könne daher nicht allein in der Sprachförderung von Kinder mit nichtdeutscher Umgangssprache liegen. „Wir müssen die



Auch Kinder aus bildungsstarken Familien erbringen in „belasteten“ Schulen schlechtere Leistung, so BIFIE-Experte Bruneforth.

Ursache beheben.“ Adäquate Finanzierung, Sprachförderung, Muttersprachenunterricht, verstärkte, mehrsprachige Elternarbeit, ein inklusives ganztägiges Schulsystem, das benachteiligte SchülerInnen tatsächlich auffangen kann. Die Lösungsvorschläge sind so vielfältig wie die Baustellen. Ein Schritt könnte eine indexbasierte Finanzierung des Schulsystems sein. Johann Bacher, Soziologe an der Johannes Kepler Universität in Linz, hat so ein Modell entwickelt. Schulen bekämen nicht nur nach dem Gießkannenprinzip Geld pro Kopf, sondern eine Basisfinanzierung plus Extramittel je nach „Belastung“. Was in anderen Ländern bereits umgesetzt ist, wird hierzulande erst diskutiert.

### Politik der kleinen Schritte

LehrerInnen wie Cornelia Wimmer (Name von der Redaktion geändert) würde das wahrscheinlich helfen. Die Volksschullehrerin arbeitet seit bald 12 Jahren im 20. Bezirk. In Brigittenau haben mehr als 80 Prozent der SchülerInnen noch eine andere Umgangssprache als Deutsch. Wimmer hat momentan einige Kinder mit Deutschschwierigkeiten in der Klasse, viele davon aus türkischem Elternhaus. „Die Eltern können teilweise nicht schreiben und kaum

Deutsch“, sagt Wimmer. Die Lehrerin ist unzufrieden: „Du sollst am besten zehn Arme haben.“ Wenn SchülerInnen nicht wissen, ob es der oder das Hund heißt, fällt es schwer, einen Aufsatz zu schreiben. Das ist ein Problem“, sagt Wimmer. Man schummle die Kinder mitunter durch, schenke ihnen Noten. Wenn Kinder sitzenbleiben, werde das nicht gern gesehen. Viele verlieren durch die Vorschule ohnehin ein Jahr. Der

## DIE LEHRERAUSBILDUNG HAT SICH ÜBER JAHRZEHNTE NICHT WESENTLICH WEITERENTWICKELT

Anteil mehrsprachiger Kinder in der Vorschule ist im Vergleich zu dem Anteil in der Volksschule überproportional gestiegen. Er liegt derzeit bei über 50 Prozent. Die Volksschulen sind mehr und mehr dazu übergegangen, Kinder mit Deutschdefiziten in die Vorschule zu schicken, wo sie verstärkt gefördert werden. Der Wiener Stadtschulrat hat das vergangene Jahr als Maßnahme zur Sprachförderung bezeichnet. KritikerInnen orten darin „Ghettoklassen“ und sehen das als negative Entwicklung. Auch Wimmer kritisiert die Maßnahmen: „Man schickt die runter, die nicht Deutsch

können oder irgendwie auffällig sind.“ Sie sieht darin ein Zeichen der Überforderung für eine Entwicklung, die bereits vor einigen Jahrzehnten eingesetzt hat.

Doch die Lehrerausbildung hat sich diesbezüglich nicht maßgeblich weiterentwickelt. In der Pädagogischen Hochschule Wien zeigt man sich selbstkritisch. „Es geht nur zögerlich voran“, sagt Elisabeth Furch, Lektorin und Mitverantwortliche für die Kompetenzstelle für Mehrsprachigkeit und Migration an der PH Wien. An der Erstellung eines Curriculums sind der Bund, die Länder und die Hochschulen beteiligt. „Die Frage ist, welche Studieninhalte man weglassen kann, um Neues reinzubringen“, sagt Furch. Bisher dürfte die Antwort „Kaum bis keine“ gewesen sein. Denn der Großteil des eher geringen Angebots für interkulturelle Pädagogik und sprachliche Bildung ist im Bereich der Wahlpflichtfächer angesiedelt. Das soll sich jetzt mit der neuen Lehrerausbildung ändern. Ab 2015/2016 soll die Ausbildung vier statt drei Jahre dauern – reichlich Spielraum, der auch für die Aufnahme von Lehrinhalten zu Mehrsprachigkeit genutzt werden soll. In der Lehrerfortbildung sei man freier. Dort gibt es Seminare zur Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache. Doch gerade am Beginn der Lehrtätigkeit wählen viele JunglehrerInnen Fortbildungen, die ihnen die Anfänge in der Schule erleichtern sollen.

Die Bildungspolitik ist eine der kleinen Schritte. An Reformideen mangelt es nicht. Volksschullehrerin Tamara Schneider kann sich eine sechsjährige Volksschule vorstellen. In den meisten europäischen Ländern ist das bereits Standard. Der Übergang von der Kindheit zum kleinen Erwachsenen in der Sekundarstufe erfolgt derzeit zu abrupt, sagt Schneider. „Ich hätte die Kinder gern länger bei mir.“ Auch die Kinder würden wahrscheinlich gern länger bleiben. Für viele ist das Klassenzimmer vier Jahre lang ein zweites Zuhause. Auf der grünen Tafel stehen Anweisungen für den morgigen Ausflug. An den Wänden hängen Bilder und weiße Blätter mit allen Buchstaben. Und aus den riesigen Holzkästen ragt buntes Papier – zum Zeichnen und Basteln. Hinter den 25 kleinen Tischen und Miniaturstühlen ist eine IT-Zone mit zwei Computern eingerichtet. Gleich neben der Kuschecke, die aus einer Matratze, Decke und Polstern besteht – für den Fall, dass es einem mal nicht so gut geht. So kuschelig wie hier haben es die Kinder in der Schule wohl nie mehr.

# HAUS ODER MAUS?

Sprachstandfeststellungen entscheiden darüber, ob ein Kind in die Volksschule gehen darf. Die Tauglichkeit des Verfahrens wird von ExpertInnen aber skeptisch betrachtet.

Text: Fritz Franz

**E**in Kind im Alter von 4,5 Jahren sollte mitteilen können, wann es muss. „Ich muss aufs Klo gehen.“ Mit einem grammatikalisch korrekt formulierten Satz wie diesem könnte das Kind schon wieder einen wichtigen Punkt bei der so genannten Sprachstandfeststellung sammeln. Seit einigen Jahren müssen sich Kinder in Österreich durch einen Nachweis ihrer Deutschkenntnisse für die Einschulung qualifizieren. Derzeit werden diese Tests 15 Monate vor Schulbeginn durchgeführt, ab 2015 sollen bereits die 3,5-Jährigen evaluiert und ein zweites Pflichtkindergartenjahr eingeführt werden. Die Tests sind nicht unumstritten. Zwar bemühte man sich beim Entwurf der Sprachstandserhebung, zentrale Kriterien herauszuarbeiten: da geht es um Kompetenzen in der Phonologie, der Morphologie und der Syntax. Ob die Pädagogin „Maus“ oder „Haus“ gesagt hat, das sollte ein Kind unterscheiden können. Falsch wäre die Syntax, wenn der Vorschüler sich so ausdrücken würde: „Das Mädchen ein Eis schleckt.“ Am Ende des Schnuppertages, so wird der Prüfungstag genannt, gibt es eine bestimmte Punktzahl. Wer nicht genügend erreicht, braucht Förderung, um später doch noch zugelassen zu werden. Sonst heißt es, warten.

Bei den Sprachstandfeststellungen, die im Kindergartenjahr 2012/13 durchgeführt wurden, hat man insgesamt 80.200 Kinder getestet. Bei 23 Prozent von ihnen wurde ein Förderbedarf attestiert. Das heißt, jedem vierten getesteten Kind wurden Probleme mit der deutschen Sprache attestiert. Betroffenen sind nicht nur Kinder, deren Muttersprache eine andere als Deutsch ist. Mit der Formulierung „de Hund“ könnte ein Kind aus einem österreichischen Bundesland auch an der Mehrzahlbildung von „die Hunde“ gescheitert sein.



Sprachkompetenzen werden zu wenig honoriert.

Dass die Erhebungen nur bedingt aussagekräftig seien, wurde indes mehrfach angemerkt. Defizite bei den Vergleichswerten entstünden etwa dadurch, dass nicht der Bund, sondern die Länder für das Kindergartenwesen zuständig sind. Damit entscheiden sie auch über die frühkindlichen Förderprogramme, deren Methode und Praxis in den Bundesländern unterschiedlich ausfallen. Die Sprachstandserhebung selbst beurteilte der Grazer Linguist und Leiter der Forschungsstelle Österreichisches Deutsch an der Uni Graz, Rudolf Muhr, einmal harsch als „stümperhaft und unausgegoren“. Muhr kritisierte gegenüber dem Standard, dass die Kompetenzen im Schriftdeutsch über eine Zulassung entscheiden würden und ortet eine mangelnde Wahrnehmung „sprachlicher Identitäten“. Der Sprachwissenschaftler Gero Fischer, Professor am Institut für Slawistik an der Uni Wien, hält es für verfehlt, dass das Schulsystem „monolingual“ ausgerichtet ist und damit sprachliche Kompetenzen im Wesentlichen auf Deutsch reduziert werden. Er plädiert dafür, MigrantInnen aktiv für das Lehramt anzuwerben. Das Verständnis davon, dass Sprachkompetenzen und Potenziale von Kindern über das Ab-

prüfen der deutschen Sprache vorgenommen werden, ist auch einer der Kritikpunkte an der Praxis der Sprachstandserhebungen. Herkunftssprachliche Erfahrungen werden dabei ignoriert, die Frage, ob es einem Kind nur am Wortschatz fehlt oder an einem tieferen Sprachverständnis würde nur undifferenziert dargestellt. Dass gerade bei Kindern, die Kenntnisse in zwei oder drei Sprachen aufweisen, innerhalb kurzer Zeit schnelle Sprachentwicklungen, etwa in der deutschen Verkehrssprache, möglich sind, kann durch das additive Verfahren der praktizierten Sprachstandfeststellungen nicht erfasst werden. In einer Untersuchung wies etwa die deutsche Linguistik-Professorin Drorit Lengyel darauf hin, dass Tests ausschließlich für monolinguale Kinder entwickelt werden und dementsprechend auch das Konstrukt monolingualer Sprachkompetenz messen. Lengyel gibt zu Bedenken, dass mit diesen Normwerten Kinder, zumal mit Migrationshintergrund, nur sehr eingeschränkt beurteilt werden könnten. Anzumerken wäre, dass die Tests in Österreich seit einigen Jahren vom Österreichischen Integrationsfonds begleitet werden. Tatsächlich bemüht man sich international schon seit Jahren, Tests zu entwickeln, die für mehrere Sprachen Gültigkeit haben. Denn, auch das hält Lengyel für problematisch, es treten gerade durch Übertragungen aus anderen Sprachen Ungenauigkeiten zutage, die die Testergebnisse verfälschen. Werden Tests, etwa auch Bildtests, von westlichen Sozialisationsvorstellungen entwickelt, kann das etwa für ein chinesisches Kind zu einem Nachteil in der Bewertung führen. Dass das Vorhandensein sprachlich komplexer Möglichkeiten durch einen Deutschtest nicht vollständig erfasst werden kann, wird jedenfalls als eines der zentralen Defizite der Sprachstandfeststellungen angesehen.



Zu Risiken und Nebenwirkungen von Populismus lesen Sie kritische Medienberichte und bewahren Sie ein gesundes Misstrauen gegenüber PolitikerInnen, die Ihnen das Blaue vom Himmel versprechen.

# BILDUNG WIRD IMMER NOCH VERERBT

Österreich gibt so viel für Bildung aus wie kaum ein anderes OECD-Land. Dennoch schneiden SchülerInnen bei Tests bescheiden ab. Modelle für mehr Chancengleichheit gäbe es viele. Wenn man nur wollte.

*Text: Katharina Schmidt  
Illustration: Francesco Ciccolella*

**I**hre Eltern sind AkademikerInnen und verdienen angemessen? Sie sind in der mindestens dritten Generation ÖsterreicherIn? Ihr Name erinnert nicht einmal mehr an Ihre tschechischen Urstrumpfvorfahren? Sie sprechen perfektes Döblinger Deutsch, wo Sie am besten auch wohnen? Herzlichen Glückwunsch, dann haben Sie und Ihre Kinder gute Chancen auf eine solide Ausbildung und später einen Job, der Sie auch ernähren kann.

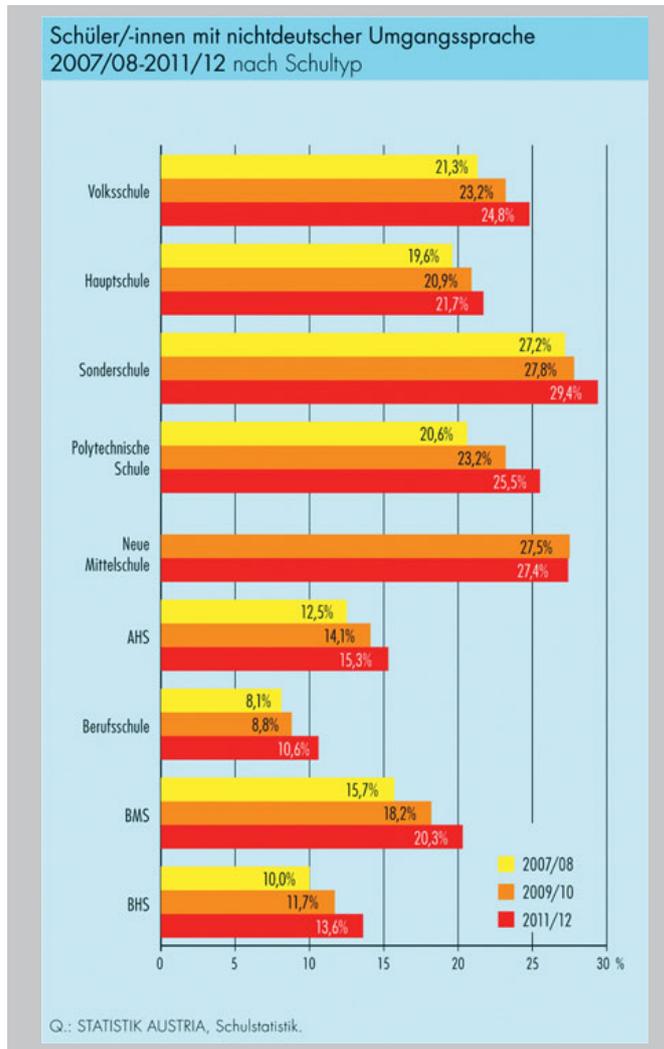


Die Weitergabe des sozialen Status, die hier auf den ersten Blick fürchterlich polemisch klingt, wird jüngst durch die nackten Zahlen einer OECD-Statistik belegt: Das österreichische Bildungssystem ist per se diskriminierend und zementiert die sozialen Unterschiede ein, statt sie aufzubrechen. Das beginnt damit, dass Österreich eines jener Länder in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist, das am meisten Geld pro SchülerIn ausgibt. In der Studie „Bildung auf einen Blick“ kommt die OECD 2013 auf knapp 8.900 US-Dollar (rund 6.500 Euro) pro Kind, die die öffentliche Hand hierzulande im Elementarbereich ausgibt. Im OECD-Schnitt sind das hingegen nur etwas weniger als 6.800 US-Dollar (knapp 4.900 Euro). Investiert wird das Geld in erster Linie in höhere Lehrergehälter und kleinere Klassen als im OECD-Mittel. Zumindest Letzteres klingt zwar ganz gut, allerdings lohnt sich auch hier ein Blick aufs Detail: Die durchschnittliche Klassengröße hat sich in den Jahren zwischen 2000 und 2011 etwa im Sekundarbereich I, also der Unterstufe, von 23,9 auf 21,3 SchülerInnen verringert. BildungsforscherInnen sind sich jedoch darin einig, dass kleinere Klassen eher zur Zufriedenheit der LehrerInnen beitragen als zur Qualität des Unterrichts. Unterstrichen wird dieser Befund noch durch die nie besonders berauschenden Ergebnisse österreichischer SchülerInnen bei Bildungsvergleichsstudien wie PISA. Und auch die Rate von Personen mit Hochschulabschlüssen ist in Österreich unterdurchschnittlich.

**Drop-out-Rate dreimal so hoch**

Noch dramatischer wird die Situation mit Blick auf bestimmte SchülerInnengruppen: Der soziale Hintergrund ist maßgeblich mitbestimmend für das Fortkommen in der Schule. Im aktuellen Nationalen Bildungsbericht aus dem Jahr 2012 hat das Bundesinstitut für Bildungsforschung (BIFIE) errechnet, dass der sozioökonomische Status der Eltern – auch im Vergleich zu anderen Ländern – massiven Einfluss auf die Lesekompetenzen der Kinder hat. Eine große Rolle spielt auch die Bildung der Eltern:

Grafik: Statistik Austria



Der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache in der Sonderschule von fast 30 Prozent zeigt deutliche Mängel im Schulsystem auf.

Am Ende der Volksschule liegen Kinder von Eltern mit höchstens Pflichtschulabschluss bei der Leseentwicklung mehr als ein Jahr hinter Kindern von gut ausgebildeten Eltern. Außerdem wechseln diese Kinder selbst bei gleichen schulischen Leistungen seltener in die AHS-Unterstufe.

**DER SOZIOÖKONOMISCHE STATUS BEEINFLUSST MASSIV DIE LESE-KOMPETENZEN DER KINDER**

Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache haben dabei fast schon von Beginn an weniger Chancen als ihre autochthonen Altersgenossen. So lag der Anteil an SchülerInnen mit nichtdeutscher Umgangssprache in Sonderschulen im Schuljahr 2011/2012 bei nahezu 30 Prozent. In Allgemeinbildende Höhere Schulen schaffen es hingegen nur

15 Prozent der Kinder mit nichtdeutscher Umgangssprache. Ebenso von ausgeprägter Chancengleichheit zeugt der Anteil der „Drop-outs“, also SchülerInnen, die nur ihre Pflichtschulzeit absolvieren und das System dann ohne Abschluss und damit ohne reale Chance auf einen Job verlassen. Bei Kindern mit nichtdeutscher Umgangssprache ist er mit 13 Prozent mehr als dreimal so hoch wie bei deutschsprachigen Kindern.

**Praxis der Ganztagschule „bizarr“**

Genug der Zahlenflut. Ein frühes sogenanntes „Erstselektionsalter“ – also jenes Alter, in dem Kinder eine Schulwahl treffen müssen – unterstreicht die sozialen Unterschiede. Die Lösung für dieses Problem hätte das Prestigeprojekt der ehemaligen Unterrichtsministerin Claudia Schmied, die Neue Mittelschule (NMS), liefern sollen. Geplant war eine gemeinsa-

me Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, die aus der AHS-Unterstufe und der bisherigen Hauptschule hervorgehen sollte. Offenes Lernen, neue Methoden, gegebenenfalls Teamteaching (also zwei LehrerInnen pro Klasse) – so sahen die Pläne zumindest auf dem Papier aus. Für die Modellversuche gab es 1.000 Euro Zusatzbudget pro SchülerIn und Jahr (wir erinnern uns: zusätzlich zu den ohnehin schon enorm hohen Kosten).

Geplant war eigentlich, eine begleitende Evaluierung der Modellversuche zur NMS durchzuführen und auf deren Basis Ende 2012 zu entscheiden, ob die Neue Mittelschule ins Regelschulwesen übernommen werden kann. Doch es kam anders: Bereits im Dezember 2012 segnete der Ministerrat ohne Evaluierung ab, dass alle Hauptschulen bis 2018/19 in Neue Mittelschulen umgewandelt sein sollen. Den ursprünglichen Plan, nämlich eine gemeinsame Schule zu schaffen, musste Schmied ad acta legen. Von Anfang an hatten sich kaum AHS-Unterstufen für den Schulversuch interessiert, der Anteil der SchülerInnen mit Migrationshintergrund in den NMS ähnelt dem in den Hauptschulen. Und, so heißt es im Nationalen Bildungsbericht: „Die starke AHS-Präferenz der Kinder von Eltern mit hoher Bildung hat sich durch die Einführung der NMS in der Anfangsphase nicht geändert, was einer sozialen Durchmischung der Schülerschaft entgegensteht.“

Wenn nicht die NMS, was aber dann? Ein weiteres heißes Eisen der Bildungspolitik in letzter Zeit war die Ganztagschule. Eigentlich eine gute Idee, stimmen BildungsforscherInnen überein. Denn durch halbtägige Schulformen würden nicht nur die Berufstätigkeit der Eltern und damit das Familieneinkommen beschränkt, sondern wiederum soziale Unterschiede einzementiert: Ein Kind, das in beengten Verhältnissen wohnt und am Nachmittag die kleinen Geschwister hüten muss, wird der Schule weniger Zeit und Aufmerksamkeit widmen können als eines, das in der Schule Platz und Ruhe findet. Doch auch die Ganztagschule ist in Österreich nicht das, wonach es aussieht: Zwar gibt es derzeit österreichweit rund 130.000 Ganztagsschulplätze, diese sind allerdings nur zu einem sehr geringen Anteil „echte“ Ganztagsangebote in verschränkter Form. Im Schuljahr 2012/13 haben in ganz Österreich nur 1,8 Prozent der SchülerInnen diese Form des Unterrichts genossen, bei der sich Lernphasen und Pausen den

ganzen Tag über abwechseln.

In Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, Tirol und dem Burgenland wird eine verschränkte Ganztagschule erst gar nicht angeboten.

Der hierzulande demgegenüber verbreitete „Ganztagschultyp“ ist gleichsam eine integrierte Hortbetreuung: Der Unterricht findet wie gewohnt nur am Vormittag statt – und manche Kinder werden dann eben am Nachmittag beaufsichtigt. Die Migrationsforscherin Gudrun Biffl von der Donau Universität Krems nennt diese Form der Ganztagschule „bizarrr“: „Die verschränkte Form ist die Idee dahinter, alles andere ist Quatsch“, sagt sie.

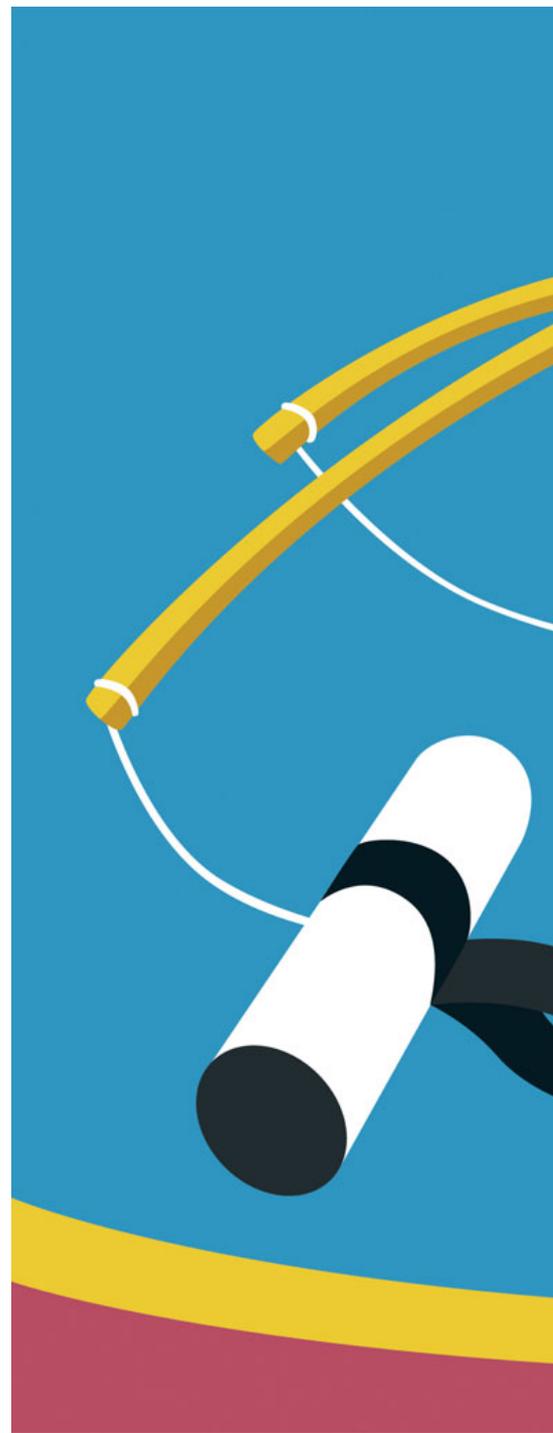
### Lernen im Team

Die echte Ganztagschule scheidet derzeit an unterschiedlichen Enden, das größte Problem ist aber wohl die räumliche Ausstattung: Ganztagschulen brauchen neben einer Kantine und mehr Platz für das Lehrpersonal auch Rückzugsorte und Sportmöglichkeiten. Für den Ausbau und die Anstellung von FreizeitpädagogInnen stellte der Bund zwischen 2011 und 2013 jeweils 80

## NUR 1,8% DER SCHÜLERIN- NEN IN ÖSTERREICH GENIESSEN ECHTEN GANZTAGSUNTERRICHT

Millionen Euro jährlich an Anschubfinanzierung zur Verfügung, zwischen 2014 und 2018 sollen es 160 Millionen sein. Weil die Gemeinden aber oft selbst nicht über die Mittel verfügen, das Geld aufzustoßen, sind zwischen 2011 und 2013 insgesamt 50 Millionen Euro nicht abgeholt worden – Geld, das Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek in den kommenden Jahren von den geplanten 160 Millionen abzieht und zur Budgetsanierung verwendet.

Wie kann bei all diesen Baustellen aber dennoch die Chancengleichheit erhöht werden? Für einige Maßnahmen bräuchte man anfangs gar keine zusätzlichen Mittel, sagt Biffl. Zunächst einmal müssten vielmehr die Unterstützungsstrukturen in der Schule neu organisiert werden. Möglichkeiten wären da zum Beispiel Lernen im Team und Mentoring-Programme, in deren Rahmen gute SchülerInnen schlechteren helfen. Dazu braucht es nicht einmal unbedingt einen zweiten Lehrer in der Klasse – allerdings müssten die LehrerInnen besser ausgebildet sein. Biffl plädiert in diesem



Zusammenhang für eine Weiterbildungspflicht für Lehrkräfte jeden Alters. Gleichzeitig müssten aber ausreichende Räumlichkeiten für die LehrerInnen in der Schule und Arbeitsmaterial wie Computer zur Verfügung gestellt werden.

### Schulen des 21. Jahrhunderts

Eine international bereits erprobte andere Möglichkeit, mehr Chancengleichheit zu erreichen, hat der Linzer Soziologe Johann Bacher auf Österreich umgelegt: die Mittel-



„Schulen des 21. Jahrhunderts“ in den USA: Schon ab der Geburt kümmern sich VertreterInnen der Schule in vielen Belangen um die Eltern.

vergabe an Schulen nach bestimmten Indikatoren. Mehr Mittel könnten etwa Schulen bekommen, die einen großen Elternanteil mit niedrigem Bildungsstand oder sozio-ökonomischem Status aufweisen. Über den Einsatz der Mittel zum Beispiel für mehr muttersprachlichen Unterricht könnte – entlang bestimmter Kriterien – der Schulgemeinschaftsausschuss entscheiden.

Ein anderer Ansatz, der in Österreich noch kaum bekannt ist, ist das Konzept der „Schulen des 21. Jahrhunderts“. In den

USA gibt es derzeit 1.300 solcher Schulen, die nach einem ganzheitlichen Ansatz funktionieren: Schon ab der Geburt kümmern sich VertreterInnen der Schule um die Eltern – in allen sozialen, gesundheitlichen, sprachlichen oder erzieherischen Fragen. Ab dem Alter von drei Jahren werden die Kinder ganztätig betreut, für Schulkinder gibt es je nach Bedarf auch ein Programm vor und nach der Schule sowie in den Ferien. Auch das Gesundheitssystem ist an die Schule angedockt. In Europa gibt es

ähnliche Projekte wie Quims (Qualität in multikulturellen Schulen) in Zürich oder die Reggio Children in Italien.

An Best-Practice-Beispielen mangelt es also nicht. Aber um das in Österreich in der Verfassung verankerte Recht auf Chancengleichheit in der Bildung mit Leben zu erfüllen, braucht es erst einmal ein politisches Bekenntnis dazu. Ansonsten wird das Akademikerkind aus Döbling immer dem Arbeiterkind aus Favoriten den Rang ablaufen.



ÖVP-Bildungspolitikerin Leeb: Brauchen weitreichende Schulautonomie.

# „DAS IST ZUKUNFTSRAUB“

Ob man Türkisch als Maturafach zulassen, die schulische Frühselektion in Österreich beenden und die Gesamtschule einführen soll, darüber diskutieren Isabella Leeb, als Gemeinderätin der ÖVP Wien für Bildung zuständig, und Kenan Güngör, Soziologe mit Arbeitsschwerpunkt Integration.

*Interview: Gunnar Landsgesell, Alexander Pollak  
Fotos: Karin Wasner*



Soziologe Gungör: Müssen das Bildungskapital der Eltern aus dem Schulsystem ausklammern.

**Es gibt 18 Sprachen, die man in Österreich als Maturafach wählen kann, Türkisch ist interessanterweise nicht darunter. Was spricht aus Ihrer Sicht gegen Türkisch als Maturafach?**

*Leeb:* Aus meiner persönlichen Sicht spricht nichts dagegen.

**Haben Sie eine Erklärung, warum Ihre Partei, die ÖVP, das blockiert?**

*Leeb:* Das kann ich Ihnen nicht erklären.

**Woher kommen die Emotionen bei dieser Frage?**

*Leeb:* Das Bildungsthema betrifft als Querschnittsmaterie alle, das ist wie im Fußball. Bei einem Ländermatch haben wir so viele Fußballexperten wie Staatsbürger. Jeder fühlt sich irgendwie betroffen.

**Türkisch ruft über das Bildungsthema hinaus starke Emotionen hervor. Wir**

**erinnern an die ‚Affäre‘ rund um ein Nömix-Getränk, das auch eine Aufschrift auf Türkisch hatte ...**

*Leeb:* Die Milchgeschichte? Das fand ich sehr charmant, weil ich jetzt auf Türkisch wenigstens ein Wort kenne, nämlich „Milch“.

*Gungör:* Man muss grundsätzlich sagen, dass wir alle keine emotional egalitäre Bewertung von Kulturen und Sprachen haben. Jeder hat Priorisierungen, etwa von Lieblingsurlaubsländern bis zu Bevölkerungsgruppen, von denen man sich abgrenzt. Die Türkenfeindlichkeit hat, gekoppelt mit einer Islamfeindlichkeit, eine starke Tradition und wird auch stark instrumentalisiert. Das spiegelt sich in der Frage des Maturafachs wider.

**In Deutschland, wo es seit mehreren Jahren Türkisch als Maturafach gibt, sagen**

**Experten, die Muttersprache perfekt zu beherrschen ermögliche auch, die andere Sprache, Deutsch, zu beherrschen. Stimmen Sie zu?**

*Gungör:* Da ist was dran, dieser Aspekt wird aber zu stark bewertet. Diese Diskussion wird sehr ideologisch geführt, denn es gibt wesentlich mehr Faktoren, die für das Erlernen einer Sprache eine Rolle spielen. Mir ist es aus einem anderen Grund wichtig, die Mehrsprachigkeit zu erhalten. Allein die Möglichkeit, von der Wiege auf eine Sprache gut zu können und dazu zweisprachig zu sein, das halte ich für einen Schatz. Das sollten wir als Kulturkapital verstehen. Der zweite Punkt ist, es geht auch um Anerkennung. Alles was man als Jugendlicher an Kultur mitbringt, wird entweder nicht beachtet, und wenn, dann wird es problematisiert. Kindern wird das Gefühl vermittelt, sie seien Defizitträger. Nach der Logik: Nur wenn ich mich zum Prototyp eines

Österreicher entwickle, werde ich als vollwertiger Mensch wahrgenommen. Diese Kränkung halte ich für viel entscheidender als den möglichen Zusammenhang zwischen Erst- und Zweitsprache.

*Leeb:* Ich gebe Ihnen recht, Mehrsprachigkeit ist ein großer Wert. Ich habe eine Bau-firma, bilde dort Facharbeiter aus. Die Mehrheit der Lehranwärter hat Migrationshintergrund. Viele von ihnen machen große Karriere, weil sie nicht nur sehr gut Deutsch sprechen, sondern auch ihre Muttersprache. Deswegen werden viele von großen Industriefirmen für Auslandsjobs angeworben. Die Muttersprache nicht zu vernachlässigen, liegt aber primär in der Verantwortung der Eltern. Das gilt für Zuwanderer, aber auch für Österreicher, die auswandern. Mein Onkel ist 1959 nach Australien gegangen, meine beiden Cousinen haben in der Schule Englisch gelernt und Deutsch zu Hause und im österreichischen Klub. Das halte ich für ganz normal. Aber Unterricht in verschiedenen Sprachen zu halten, ist von der öffentlichen Hand nicht machbar, wir müssen unsere Ressourcen für dringendere Probleme einsetzen.

#### Wofür konkret?

*Leeb:* 25 Prozent der Schüler kommen nicht ausbildungsfähig aus der Pflichtschule, das belegen Statistiken. Da müssen wir ansetzen, denn was jetzt passiert, ist Zukunftsraub. In Wien gibt es seit ein paar Jahren Kurse zum Nachholen der Pflichtschulabschlüsse, wo kommen die Kinder bitte her? Die sind nicht alle zugewandert, die haben hier die Pflichtschule besucht. Etwas läuft also dramatisch schief. Als Nächstes kommt die Gratsnachsorge. Das ist die Bankrotterklärung des Wiener Pflichtschulsystems.

#### Wo orten Sie die Gründe?

*Leeb:* Das beginnt bei der Lehrerausbildung und bei Personen, die für den Beruf ungeeignet, aber auch unkündbar sind, und führt weiter über die Verpolitisierung bei Postenbesetzungen und eine Überbürokratisierung des Schulalltages. Statt den Unterricht am Vormittag zu entrümpeln und die Lehrer von Verwaltungsaufgaben freizuschöpfeln, führen wir nun Nachhilfeunterricht ein. Und wir brauchen dringend Schulautonomie, weil es nicht sein kann, dass eine Schule im ersten Bezirk genauso ausgestattet ist wie eine in Ottakring, obwohl dort ganz andere Erfordernisse bestehen. Es muss ganz klar am jeweiligen Standort entschieden werden, was für die Schule wichtig ist.

*Güngör:* Dass wir für Schulstandorte Strategien entwickeln müssen, halte ich für evident. Hauptschulen sind am Land die normalen Regelschulen, da findet die Selektion erst nach der Pflichtschule statt. In den Großstädten werden Hauptschulen aber als Restschulen geführt, hier haben wir eine Bildungsbenachteiligung und eine viel geringere Durchlässigkeit, das ist sehr problematisch. In diesem Zusammenhang ist eine Tendenz relevant, die ich seit etwa 20 Jahren beobachte: dass der Bildungsauftrag zunehmend in die Familien hineinverlagert wird. Ich beobachte an meiner Tochter, die eine fitte Schülerin ist, dass wir täglich eine Stunde nachlernen müssen. Das führt dazu, dass bildungsstarke Familien ihre Kinder fördern können, während bildungsschwache Familien überfordert sind. Ich schätze, dass die Möglichkeit dieser Kinder, beim Stoff mitzukommen, bereits in der Volksschule um 30 Prozent geringer ist. Damit verstärken wir die Produktion von Chancenungleichheit und verhindern sie nicht. Mich wundert, dass dieser Aspekt in der Debatte völlig außer Acht gelassen wird.

#### Welche Lösungsansätze sehen Sie?

*Güngör:* Der Schulauftrag muss wieder in das Schulsystem getragen werden, statt ihn auszulagern. Das ist auch der Grund, warum ich eine Ganztagschule befürworte. Das Bildungskapital der Eltern wird damit stärker ausgeklammert.

*Leeb:* Ich denke, auch diese Frage muss man nach Standorten, regional beurteilen. In Wien habe ich selbst als Mutter das Bedürfnis nach einer qualitativ vollen Ganztagsbetreuung. Ich bin freiwillig eine Working Mom, aber viele Frauen haben diese Entscheidungsfreiheit nicht, sie müssen arbeiten. Auch deshalb sollte man Probleme in der Schule lösen.

#### Was halten Sie von der Selektion von Kindern mit neun bis zehn Jahren?

*Leeb:* Diese frühe Trennung ist nicht förderlich. In kleinen Orten am Land, wo die Mehrheit der Kinder in die Hauptschule geht, findet das so nicht statt. Da ist Durchlässigkeit gegeben. In Wien ist das anders. Deshalb: Solange wir nicht das Thema Mittelschule qualitativ gelöst haben, darf man nicht auch noch das Gymnasium gefährden. Für viele ist das in Wien der letzte Ort, eine gute Ausbildung zu bekommen. Auch Herr Oxonitsch (Wiener Stadtrat für Bildung; Anm.) hat seinen Sohn nicht in die Restschule, sondern ins Gymnasium gegeben.

*Güngör:* An dieser Stelle möchte ich aber auch meine Skepsis anmelden, ob die Gesamtschule bis zum Alter von 18 Jahren in der Realität so funktionieren wird, wie wir es uns wünschen. Wir müssen die Probleme, auch in migrantisch verdichteten Bezirken, vor allem über Qualität lösen. Meine Position ist: Wir sollten die Gesamtschule riskieren, aber niemand soll heute behaupten, dass sie besser sein wird. Das wird sich empirisch zeigen. Denn die Frage, ob eine Gruppe die andere hinauf- oder hinunterzieht, ist bislang nicht geklärt. Mein Vorschlag zur Problemlösung ist die Kopplung mehrerer Maßnahmen: die Einführung der Ganztagschule für bis 14-Jährige, die Verringerung der Schüleranzahl in den Klassen und das Ende der Frühselektion, die es von allen OSZE-Ländern nur noch in Deutschland und Österreich gibt. Das ist ein völlig überholtes industriegesellschaftliches Modell. Wir erleben ja gerade deswegen den Ausbau des zweiten Bildungswegs, weil der Lernprozess heute mit 15 Jahren nicht abgeschlossen ist, sondern locker bis 40 reicht.

#### Wo würden Sie ansetzen, um den Schulbetrieb in weniger bildungsstarken Gebieten zu fördern?

*Güngör:* Mit dem Gießkannenprinzip kommt man in der Schulstandortdebatte nicht weiter. Bisher ist die Praxis so, dass Schulen angeben können, ob sie erhöhten Förderungsbedarf haben. Natürlich versuchen Schulen, auf diese Weise mehr Mittel zu erhalten. Das ist gut gemeint, aber damit produziert das System selbst sogenannte Problemschulen. Ich halte viel von Sozialraum-Monitoring. Damit kann man relevante Indikatoren wie den Bildungshintergrund der Eltern herausarbeiten. Damit könnte ich sofort auf die jeweilige Situation reagieren.

*Leeb:* In der Schweiz gibt es ein Modell, das nennt sich Sozialverträglichkeitsfaktor, da fließen all diese Dinge ein. Je nachdem, wie hoch der Faktor angesiedelt ist, erhält die Schule mehr an Schulsozialarbeit. In Wien hat man das Thema vor der Wahl 2010 aufgegriffen, aber nur halbherzig umgesetzt. Wir haben 599 Schulstandorte und 30 Schulsozialarbeiter. Sie haben kaum Mittel zur Verfügung und sind, das ist besonders problematisch, dem Stadtschulrat unterstellt. Damit hat man keine autonome Beratungsstelle für Eltern, Lehrer und Schüler geschaffen, sondern eine weisungsgebundene – wie soll das funktionieren?

Ich fordere, dass die Faktoren, wie sie in der



Güngör: „Wir sollten die Gesamtschule riskieren.“ Leeb: „Wir brauchen viel mehr als nur 30 Schulsozialarbeiter in Wien.“



Schweiz angewandt werden, auch bei uns ganz vehement eingesetzt werden, als Basis für eine indexierte Mittelzuteilung. Dafür brauchen wir aber weitgehende Schulautonomie, auch in der Personal- und Lehrerauswahl. Die muss am Standort und vom jeweiligen Direktor erfolgen, völlig autonom.

**Wenn man an Klassen denkt, in denen Kinder zu 90 oder 100 Prozent eine andere Umgangssprache als Deutsch haben – würden Sie das als „Ghettoklassen“ bezeichnen?**

*Güngör:* Die Geburtenrate besagt, dass 70 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund haben. Das ist die Normalität, Ghetto wäre also etwas anderes. Selbst eine Klasse mit Kindern, die zu 100 Prozent unterschiedliche Sprachen sprechen, ist kein Problem, sofern sich keine großen Sprachinseln ergeben, denn dann ist die Verkehrssprache notwendigerweise Deutsch.

Anders verhält sich das, wenn sich homogene Sprachinseln bilden, wie das in Kindergärten passiert. Wenn 50 Prozent der Kinder Türkisch und 50 Prozent Serbokroatisch sprechen, hat der Erwerb der deutschen Sprache das Nachsehen. Türkisch als Maturafach finde ich gut, Schulen, in denen nur auf Türkisch unterrichtet würde, nicht. Denn wir müssen darauf achten, dass den Kindern nicht der soziale Kitt fehlt. Gerade wenn Kinder in einer Gesellschaft mit einer hohen Diversität aufwachsen, sollten sie einen größtmöglichen gemeinsamen Sozialisationsraum haben.

**In Österreich wird die Schulreife über eine Sprachstandsfeststellung ermittelt. Wer Deutsch spricht, ist schultauglich. Ein Kind, das perfekt Polnisch spricht, aber nicht. Ist das für Sie nachvollziehbar?**

*Güngör:* Wenn die Bildungssprache Deutsch ist, helfen sechs andere hervorragend beherrschte Sprachen nicht. Aber die Realität ist ja anders, Kinder beherrschen teilweise Deutsch und dann noch eine oder zwei andere Sprachen. Wenn man den Wortschatz oder die rhetorische Kompetenz addiert, kommt das Kind ja auch auf einen relevanten Wert. Auf diese Weise wird die Sprachfähigkeit aber nicht ermittelt. Das fehlt mir, diese Kinder werden als Defizitkinder verstanden, obwohl sie den doppelten Wortschatz haben.

*Leeb:* Das stimmt schon, da wird zu wenig differenziert. Große Probleme bereiten uns aber die Kinder, die als außerordentliche Schüler in den Klassen sitzen. Sie werden dort zwar geduldet, aber es ist schon vorher klar, dass sie keinen positiven Abschluss schaffen werden. Diese Kinder müssen schon massiv vor dem Unterricht gefördert werden.

**Würden Sie diese Kinder in getrennte Klassen geben?**

*Leeb:* Eher in Kleingruppen. Kinder, die zum Beispiel mit 12 Jahren nach Wien kommen, werden in die zweite Klasse Hauptschule gesetzt und sind mit der Situation überfordert. Diese Kinder müssen aber nicht nur beim Erwerb der Sprache gefördert

werden, man müsste sie auch auf das Leben hier vorbereiten. Die Kinder brauchen ein Gefühl dafür, wo sie wohnen, müssen wissen, wie man öffentliche Verkehrsmittel benutzt.

**In anderen Ländern gibt es das Modell, dass man 50 Prozent der Zeit in solchen Kleingruppen verbringt und 50 Prozent im Regelunterricht.**

*Leeb:* Davon halte ich gar nichts. Das Schlimme ist, dass der Deutschunterricht derzeit nicht als Ergänzung zum normalen Unterricht stattfindet, sondern sie werden aus dem Klassenverband herausgerissen. Das halte ich für Unsinn: Ist Biologie oder Chemie nicht wichtig? Die Kinder verlieren ja dadurch zusätzlich den Anschluss im Klassenverband.

*Güngör:* Ich glaube, dass der konzentrierte Spracherwerb nicht während des Regelunterrichts erfolgen darf. Das muss am Nachmittag passieren. Aber ich habe ein Problem damit, wenn man Kinder zwar nicht separieren will, wie das die Stadt Wien praktiziert, sie zugleich aber immer nur so wenig fördert, dass sie über Jahre als Defizitträger mitgetragen werden. Das gibt auch den Kindern ein Gefühl der Verletzlichkeit, der Angreifbarkeit. Würde Separierung wirklich funktionieren, dann würde ich das befürworten. In Deutschland hat man das mit guten Absichten versucht. Man hat sehr viel Geld für Vorschulklassen investiert und das Ergebnis evaluiert: Nur leider hat es keinen großen Unterschied gemacht.

**Fehlt ein praktikables Modell?**

*Güngör:* Der aktuelle Ansatz geht nun dahin, Kinder massiv mit zwei bis drei Stunden Deutschunterricht täglich in einem erweiterten Unterricht zu fördern. Das Ziel muss sein, in den ersten beiden Jahren die Defizite zu beseitigen.

*Leeb:* Da muss man aber auch den Eltern erklären, dass das nicht auf freiwilliger Basis stattfindet, sondern eine Verpflichtung und essenziell wichtig ist.

*Güngör:* Ich denke, dass die Eltern darüber ein Bewusstsein haben. Alle Studien besagen, dass die Eltern als die drei wichtigsten Punkte für ihre Kinder nennen: erstens Bildung, zweitens die deutsche Sprache und drittens, dass die eigene Kultur nicht verloren wird. Ich glaube, wir führen bezüglich des Bildungsbewusstseins eine Scheindiskussion.

# DER ANFANG WAR URSCHWER

Migration und Schule wird viel diskutiert. Wie der Bildungssektor auf Kinder von Asylwerbenden reagiert, nicht so sehr. Was aber passiert mit schulpflichtigen Kindern, die ohne Sprachkenntnisse, vielleicht auch ohne Eltern, in Österreich ankommen?

*Reportage: Eva Bachinger  
Fotos: Karin Wasner*



Bashir, heute 21, aus Afghanistan: Hatte als Asylwerber zwei Jahre verloren. Heute absolviert er eine Lehre als Kommunikationstechniker bei Kapsch.



Meist nicht die Sprache das Problem, sondern die soziale Situation: Volksschuldirektorin L. Stecher.



Mit muttersprachlichen Lehrerinnen kann man viel erreichen: Lehrerin A. Eguiagaray-Steinkellner.

**L**and der Berge, Land am Strome ...“ Die zarte zehnjährige Cheda sitzt auf einer Holzbank im Schulhof, die Sonne scheint. Cheda erzählt, dass sie gern singt und zögert nicht, die erste Strophe der Bundeshymne vorzusingen, sogar mit gendergerechtem Passus: „Land der großen Töchter Söhne ...“ Das Mädchen hat schon einiges hinter sich: Ihre Mutter flüchtete mit drei Kindern aus Tschetschenien, Cheda war zwei Jahre alt. Zuerst strandeten sie in Graz, dann kam die Familie nach Wien. Sie denkt kurz nach, aber nein, der Wechsel von Graz nach Wien war kein Problem, auch Deutsch nicht. „Nur am Anfang habe ich mich in der neuen Schule geschämt, weil mir alle Kinder neu waren. Aber ich habe sie dann ja kennengelernt.“ Im Herbst wird Cheda in ein Gymnasium wechseln.

„Vor unseren Schülern braucht sich niemand zu fürchten“, sagt Direktorin Lisa Stecher der VS Gaullachergasse in Wien-Ottakring. Im Computer sucht sie nach der absoluten Schülerzahl und dem Anteil der SchülerInnen, die nicht Deutsch als Erstsprache haben: 210 Kinder, davon 197 mit Migrationshintergrund. Stecher muss überlegen, wer die 13 Kinder sind, die Österreichisch als Erstsprache haben. Pro Klasse sind es nur ein oder zwei. Franka zum Beispiel. Ihre Mutter findet, dass sie von der Vielfalt nur profitieren könne. Denn der Vorteil eines hohen Migrationsanteils sei, dass die Schule mehr Förderstunden zur Verfügung hat und in den Klassen zwei LehrerInnen unterrichten. Die Schule stützt sich auf Sonderschul-, Beratungs- und muttersprachliche LehrerInnen. Kinder von Asylwerbenden und anerkannten Flüchtlingen haben es in Österreich schwer, ins Regelschulsystem einzusteigen: Es fehlt

an genügend Förderlehrkräften, an Grundbildung, und die Kinder haben mit psychischen und sozialen Problemen zu kämpfen: Stecher dazu: „Nötig wäre im Team noch ein Sozialarbeiter. Denn letztlich ist meistens nicht die Sprache das Problem, sondern die soziale Situation. Viele sind schlichtweg überfordert, die Familien groß, die Kultur und Sprache fremd. Kinder, die von Flucht und Gewalt traumatisiert sind, haben anfangs überhaupt keinen Kopf fürs Lernen.“

### **Kinder in andere Bezirke chauffiert**

Die Volksschuldirektorin war vorher „auf einem anderen Stern“, wie sie sagt. Sie hat an einer Schule in einem wohlhabenden Bezirk gearbeitet, wo viele Kinder auch nicht Deutsch beherrscht haben, aber

## **VOR UNSEREN SCHÜLERN BRAUCHT SICH NIEMAND ZU FÜRCHTEN. DIREKTORIN STECHER**

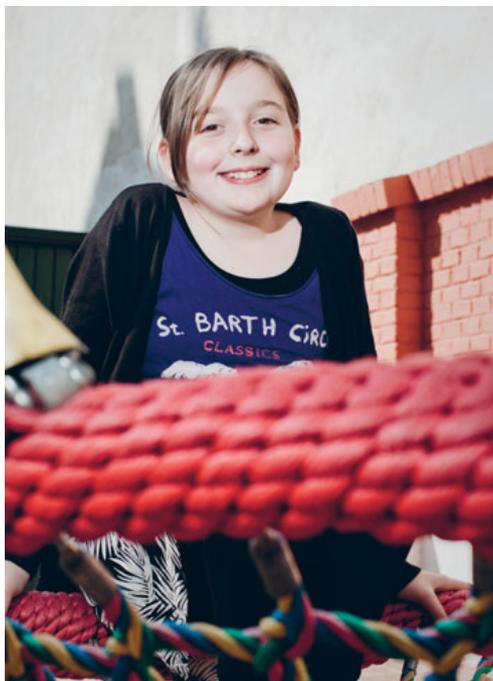
dank eines fördernden Elternhauses rasche Lernerfolge erzielt haben. Eine bessere Durchmischung der Klassen wäre jedoch vorteilhaft, denn die Einstellung von Frankas Mutter sei nicht häufig. Der Bezirk hat in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt: Ein junges, kreatives Publikum hat sich zu den eingewanderten Familien gesellt. „Alles ist sehr cool, viele geben sich ausländerfreundlich und weltoffen, doch den eigenen Nachwuchs chauffieren sie lieber in andere Bezirke als zur Schule um die Ecke. Das ist wirklich schade, denn wir würden uns sonst alle viel leichter tun“, findet Stecher. Die Direktorin macht viel Werbung, denn die Volksschule bietet allerlei

Singprojekte wie „Superstar“ werden ebenso veranstaltet wie Kunstprojekte. Doch geändert hat sich bislang nichts.

### **Ganztagschule wäre wichtig**

Anneliese Eguiagaray-Steinkellner arbeitet heute mit der Klasse 4a. Spricht ein Kind kein Wort Deutsch, funktioniere es nur in Kleinstgruppen, mit Geduld und auch mit Bildmaterial, so die Lehrerin. Individuelle Betreuung ist das Gebot der Stunde. In Integrationsklassen mit nur sechs Kindern ist das einfacher als in Klassen mit bis zu 21. Wenn Kinder aus Afghanistan oder dem Irak kommen, fehlt es oft an muttersprachlichen LehrerInnen. „Wenn die Eltern nur schlecht Deutsch sprechen, sind muttersprachliche Lehrer wichtig. Das Vertrauen ist groß, und man kann viel erreichen.“ Einerseits. Andererseits fürchten manche Eltern auch, dass ihre Kinder mit muttersprachlichem Personal nicht gut genug Deutsch lernen. Eguiagaray-Steinkellner versucht die Eltern dann zu überzeugen, dass eine Fremdsprache leichter zu erlernen ist, wenn die Erstsprache sitzt.

„Wir sind stolz auf unsere Kinder, auf die Vielfalt, hier, wo in einer Klasse 13 verschiedene Sprachen gesprochen werden. Wenn das Deutsch noch nicht so gut geht und auch die Muttersprache nicht, sagen wir immer ermutigend: Halb und halb ist auch eins. Man soll nicht immer auf die Schwächen schauen, sie haben auch so viele Stärken. Jeder hat etwas Besonderes, das gilt es hervorzulocken“, so Steinkellner. Eine Ganztagschule wäre für viele Kinder absolut notwendig. Die Trennung der Kinder ab dem 10. Lebensjahr sei „viel zu früh“, da der Spracherwerb seine Zeit brauche. Doch seit etwa einem Jahr mache sich im-



Wenn die Klassen bunt gemischt sind, bilden sich nicht so leicht sprachliche Gruppen.

merhin bemerkbar, dass in den Kindergärten mehr Wert auf Sprache gelegt wird. Im Unterricht wird Deutsch gesprochen, auch in den Pausen sollten die Kinder dabei bleiben, sie müssen aber nicht. „Ich habe auch im Ausland gelebt, und ich hätte mich schön bedankt, wenn ich mit meiner Kollegin nicht in meiner Muttersprache sprechen hätte dürfen.“ Wenn die Klassen bunt gemischt sind, bilden sich nicht so leicht sprachliche Gruppen.

Der elfjährige Muhammed, dessen Eltern aus der Türkei stammen, erzählt, dass er anfangs viel verstanden habe, aber sich nicht ausdrücken konnte. „Ich habe immer Türkisch gesprochen, zu Hause, in der Schule, auch in der Klasse waren viele Türken. Es war für mich eine Hilfe, dass ich Deutsch sprechen musste.“ Er liest nun gern Bücher von Christine Nöstlinger, und er lernt Arabisch.

Wie gut die Integration der Kinder von Asylwerbenden glückt, hängt stark von engagierten LehrerInnen ab – selbst mit wenigen Ressourcen. Auch wenn der sozioökonomische Hintergrund entscheidend sei, sollte man kulturelle Unterschiede nicht unterschätzen, meint Otto Hollerwöger, Leiter der Jugend-WG „Caravan“ im Integrationshaus: „Es gibt tausend Missverständnisse. Es ist einem nichteuropäischen Kind schwer zu vermitteln, was ein Schulausflug bedeutet, dass das auch Unterricht ist, wo man hingehen muss. Oder der Schwimmunterricht: Nicht nur muslimi-

sche Mädchen, auch Burschen fühlen sich in einer Badehose nackt und unsicher.“

### Das Papier nicht wert

Weltweit sind 50 Prozent der rund 45 Millionen Flüchtlinge unter 18 Jahre alt. Viele kommen allein nach Europa, vor allem aus Afghanistan. Um diese Gruppe kümmern sich Daniela Albl und Veronika Krainz vom Verein „lobby.16“. Ausbildung steht im Mittelpunkt. Die meisten sind nicht mehr schulpflichtig, der Einstieg ins Regelschulsystem klappt häufig nicht – nicht nur wegen mangelnder Deutschkenntnis-

## GUTE INTEGRATION VON KINDERN? HÄNGT STARK VON ENGAGIERTEN LEHRERINNEN AB.

se, sondern weil die Grundbildung fehlt. Viele wurden nicht alphabetisiert, da sie nie eine Schule von innen gesehen haben. Von einem Wort zu einem sinnvollen Satz zu kommen, ist eine Abstraktionsleistung. Wenn man das nie gelernt hat, erzählen Albl und Krainz, sei das Erlernen einer neuen Sprache extrem schwer. Da viele junge AsylwerberInnen traumatisiert sind und Schlafprobleme haben, plagen sie sich auch mit Konzentrationsschwäche.

Normale Hauptschulabschlüsse sind häufig nicht das Papier wert, wie eine Aussage eines Berufsschullehrers beweist: „Ich ver-gebe oft positive Noten, obwohl die Leis-

tung nur Nicht genügend ist, aber dann haben sie wenigstens den Abschluss und sind weg. Defizite, die sie mitbringen, können wir hier nicht mehr ausgleichen.“ Veronika Krainz versteht dieses Vorgehen nicht: „Das ist kurzsichtig. Denn wie soll es dann weitergehen? Die Jugendlichen schaffen mit diesem Abschluss keine Aufnahmetests für Lehrstellen. Denn wenn, wie in vielen Fällen, Volksschulniveau vorhanden ist, geht das für die Firmen beim besten Willen nicht.“ Genau da setzt seit 2010 das Lehrstellenprojekt „Bildungswege“ von lobby.16 an. Die TeilnehmerInnen werden in den Kulturtechniken nachqualifiziert und erfahren mehr über das Arbeitsleben in Österreich. Derzeit nehmen 24 Jugendliche teil, 17 haben bereits eine Lehrstelle in Aussicht. Der Bedarf ist natürlich größer. Bis Juli 2012 durften Asylwerbende weder arbeiten noch eine Lehre machen. Durch einen Erlass von Sozialminister Rudolf Hundstorfer wurde der Zugang für minderjährige AsylwerberInnen zu einer Lehre in Mangelberufen gewährt, ab März 2013 auch für Jugendliche bis 25 Jahre. „Dadurch hat sich die Lage zwar entschärft, aber wirklich besser ist es insgesamt noch immer nicht“, so Krainz. Junge AsylwerberInnen kämpfen zudem finanziell in der Lehre viel mehr noch als subsidiär Schutzberechtigte oder Asylberechtigte, da sie keinen Anspruch auf Familienbeihilfe oder Mindestsicherung haben. Hollerwöger findet die Öffnung nur für Mangelberufe zu restriktiv



Veronika Krainz, lobby.16: Bräuchten ein durchgängiges, flexibles Modulsystem für Flüchtlingskinder.

tiv: „Das ist ein Nadelöhr, da gibt es ja nur drei Dutzend. Es ging hier wohl nur darum zu zeigen, dass die Jugendlichen prinzipiell eine Ausbildung machen können.“ Daniela Albl von lobby.16 bemängelt, dass es keine Kontinuität gebe: „Die Qualifizierung von jugendlichen Flüchtlingen ist von Anfang an nicht nahtlos. Das macht es so schwierig. Es vergeht viel Zeit, immer wieder gibt es Brüche und Pausen. Das Herumsitzen ist extrem demotivierend“.

### Der Anfang war urschwer

Das kann auch der mittlerweile 21-jährige Bashir Mahmudi bestätigen: „Zwei Jahre habe ich verloren, ich habe keine Chance bekommen und bin nicht vorangekommen.“ Als Asylwerber aus Afghanistan war er zuerst im Aufnahmелager Traiskirchen, dann eineinhalb Jahre in einem Heim in Wels, wo er nur einen Deutschkurs machen konnte. Als er nach Wien kam, hat sich das Blatt gewendet: Hauptschulabschluss, Förderkurs. Die Firma Kapsch ermöglicht ihm nun eine Lehre zum Kommunikations- und Informationstechniker. Er ist ein Beispiel dafür, wie motiviert viele Jugendliche sind. Und wie viel Zeit, Nerven, Geld und Potenzial vergeudet werden. Jeder Tag ohne Perspektive befördert die vielzitierten Negativkarrieren. Private Sorgen drücken zusätzlich aufs Gemüt: Bashir weiß nicht, was aus seinen drei Brüdern geworden ist. Die Eltern sind tot. „Der Anfang war urschwer für mich. Ich wollte gern in die Schule, aber

es war unmöglich. Ich war allein, hatte keine Freunde, alles war neu. Aber ich habe es immer wieder versucht und nicht aufgegeben.“

Verschiedene Träger bieten Kurse für unbegleitete Flüchtlinge an. Die VHS Ottakring veranstaltet „Brückenkurse“, die die Lücke zwischen Basisbildung und den Lehrgängen zum Pflichtschulabschluss schließen sollen. „Wir haben in den letzten Jahren festgestellt, dass viele Jugendliche nach Abschluss unserer Basisbildungskurse noch fehlende Kompetenzen da und dort vorweisen, um die Hauptschule in zehn Monaten zu schaffen“, erklärt Direktorin Ilkim Erdost. 2013 wurden die Kurse erstmals pilotiert, das AMS hat die weitere Finanzierung zugesichert.

So positiv einzelne Maßnahmen sind, es fehlt eine Gesamtstrategie, meint Krainz. „Es ist nicht sinnvoll, gute Kurse auf eine schlechte Basis zu setzen. Man müsste früher ansetzen. Es braucht ein durchgängiges, flexibles Modulsystem, wo jeder junge Flüchtling dort einsteigen kann, wo er wirklich steht. Am Ende muss ein Niveau vorhanden sein, mit dem er im Bildungssystem weiterkommt. Alles andere hat wenig Sinn, auch finanziell.“ Lobby.16 kooperiert eng mit vielen Firmen. Krainz weiß, dass sie ähnlich denken. Das Rad muss man nicht neu erfinden: Vorbild könnte die ‚SchlaU-Schule‘ in München sein, wo Qualifizierungen gebündelt werden. An der staatlich anerkannten Schule werden rund

220 Flüchtlinge zwischen 16 und 21 Jahren zu einem Abschluss geführt. Durch gezielte individuelle Förderung können die meisten rasch ins Regelschulsystem umsteigen. Das Potenzial unbegleiteter Flüchtlinge nicht zu nutzen, findet Hollerwöger dumm: „Man kann sich nur freuen, wie hoch motiviert sie sind. Sie sind flexibel, stark, haben Durchhaltevermögen und wollen liebend gern auf Almosen verzichten.“ Wie hungrig viele sind, verdeutlichte auch Andreas Lipsch, Chef des deutschen Vereins Pro Asyl, bei einem Vortrag in der VHS Ottakring, als er die Flucht des 25-jährigen Mohamed S. aus Äthiopien schilderte, der jahrelang zwischen Afrika und Europa hin und her geschoben wurde, in der Sahara Dutzende Flüchtlinge verdursten sah, in Libyen in unterirdischen Gefängnissen interniert wurde, wieder flüchtete und in Deutschland endlich bleiben konnte. „Diese Menschen werden nicht zu Hause bleiben. Es gibt einen Leidensdruck, der sie wegtreibt. Es ist zudem eine Illusion, dass Flüchtlinge wieder gehen“, meint Lipsch. Viele werden sich hier gut entwickeln – wenn man ihnen eine Chance gibt.

*Eva Bachinger ist Ko-Autorin (mit Martin Schenk) von „Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung“.*

*Das Buch erschien im Deuticke-Verlag.*

# EINER DER AUSZOG, UM SCHLAGZEILEN ZU MACHEN

Norbert Ceipek, Leiter der „Drehscheibe“, skizziert gerne Bilder von „Roma-Clanchefs“, deren Untergebene auf Wiens Straßen zum Betteln und Stehlen gezwungen werden. Woher bezieht er seine Infos?

*Eine Spurensuche von Ulli Gladik.*

**N**orbert Ceipeks Arbeit ist nicht einfach. Als ich die Drehscheibe besuche, ist ein Mädchen anwesend. Eine 13-jährige Rumänin. Sie war mit einer 24-jährigen Frau unterwegs, die beim Stehlen eines Handys erwischt und in Haft genommen wurde. Das Mädchen wurde von der Polizei in die „Drehscheibe“ gebracht und gab an, die Frau wäre ihre Kusine. Norbert Ceipek bezweifelt das, denn das Mädchen konnte den Namen der Kusine nicht buchstabieren. Für ihn ein Indiz, dass sie Opfer von Kinderhändlern ist. Nervös tritt das Mädchen von einem Fuß auf den anderen. „Du musst warten, man weiß noch nichts“, sagt ihr Ceipek im Vorbeigehen, seine Mitarbeiterin übersetzt es ins Serbische.

## **Fand keine Bedrohung**

Die „Drehscheibe“ ist ein Krisenzentrum der MA 11 der Stadt Wien, in der unbegleitete Kinder vorübergehend aufgenommen werden, um sie zu ihren Eltern oder auch

in Waisenhäuser rückzuführen. Die Drehscheibe hat eine Kapazität für 14 Kinder. Die Kinder werden hier fotografiert und in die Kartei aufgenommen, ihre Daten an internationale Polizeistellen geschickt, um festzustellen, ob sie anderswo schon aufgefallen sind. „Die meisten Kinder laufen aber gleich wieder weg“, erzählt Ceipek. Kinder, die nicht wegliefen, werden in Partnerkinderheime in ihren Herkunftsländern geschickt. Das betrifft etwa 10 bis 15 Prozent der Kinder, die der Einrichtung im Augarten übergeben werden. Vergangenes Jahr waren es 24. Diese Partnerkinderheime befinden sich in Rumänien, Bulgarien, Bosnien-Herzegowina, Ungarn und in der Slowakei.

Wurden früher vor allem Kinder aus Bulgarien in die Drehscheibe gebracht, waren es im letzten Jahr vermehrt Jugendliche mit bosnischen Pässen. Sie werden von der Polizei beim Stehlen aufgegriffen. Über sie weiß man wenig. Ceipek vermutet, dass sie Opfer eines europaweit agierenden Men-

schenhändlerrings sind. Die Kinder fühlen sich selbst nicht als Opfer. Doch Ceipek erkennt ein Schema, denn, wie er sagt: „Roma sind in Clans organisiert.“ Und die „Clanchefs“, die unheimlich reich seien, würden ihre „Untergebenen“ ausbeuten. Sie handelten mit Kindern, die dann zum Betteln oder Stehlen gezwungen würden. Einschätzungen dieser Art habe ich in Bulgarien schon oft zu hören bekommen. Als ich dort ein sogenanntes Romaviertel besuchen wollte, warnten mich StudienkollegInnen und ProfessorInnen eindringlich: Die Roma seien eine geschlossene Gesellschaft, und in sie einzudringen wäre höchst gefährlich. Kriminelle Machenschaften und Menschenhandel seien an der Tagesordnung. Als ich die großen Sofioter und Plovdiver Romaviertel besuchte, wurde ich jedoch freundlich aufgenommen. Ich lernte viele Menschen kennen und knüpfte engere Kontakte zu einigen Familien. Später sprach ich mit SozialarbeiterInnen, RomavertreterInnen und Menschenrechtsorganisationen über



Bilder von Villen geistern seit Jahren durch den Boulevard: Besitz unheimlich reicher Clanchefs, wie Drehscheiben-Chef Ceipek meint?

die in Bulgarien verbreiteten Bilder. Wie in jeder anderen Gesellschaft gibt es auch unter RomNija Hierarchien und Abhängigkeiten, lernte ich. Wie in jeder anderen Gesellschaft gibt es auch Kriminalität. „Das Einzige, was sie aber wirklich allen gemeinsam haben, ist die Art der Segregation, die sie erleben müssen“, erklärte mir schließlich Margarita Ilieva vom Bulgarian Helsinki Committee, einer Menschenrechtsorganisation.

### TV-Reportage als Quelle?

Als ich Norbert Ceipek von meinen Erfahrungen erzähle, lässt er sie nicht gelten: „Roma sind in Clans organisiert. Man darf dem Irrtum nicht aufsitzen, wenn man in ein Romaviertel kommt, dass die einem sagen, wie es läuft. Die sagen alle: ‚Bei uns ist alles in Ordnung, die da drüben sind es, im Nachbarviertel.‘ Geht man ins Nachbarviertel, hört man, die da drüben sind es.“ Dem „profil“ erzählte Norbert Ceipek Anfang 2014, dass diese Clans die Kinder un-

tereinander verleihen und die Eltern für drei Monate pro Kind 3.000 bis 4.000 Euro bekommen. Im „profil“-Interview entstand der Eindruck, dass diese Summe im Zusammenhang mit „Drehscheibenkindern“ recherchiert wurde. Als ich nachfrage, erfahre ich schließlich, dass Ceipek

### **MENSCHENHANDEL UND BETTELN WERDEN OFT VERMISCHT. DAS HEIßT DEN ANTIZIGANISMUS AN.**

diese Zahlen und Vermutungen von der Metropolitan Police in London und aus einer BBC-Reportage aus dem Jahr 2009 bezieht. Ich finde die Reportage mit dem Titel „Im Auftrag der Sippe“ im Internet. Die Reportage wurde in vielen Ländern Europas ausgestrahlt.

In der Schweiz genau zu jenem Zeitpunkt, als in Genf ein Gesetz angedacht wurde, wonach Kinder den Eltern abgenommen werden sollten, wenn sie betteln. Die Romaabtei-

lung im Europarat kritisierte die Reportage scharf. Sie hielt fest, dass Kinderhandel ein ernstes Problem darstellt, das es zu bekämpfen gilt, doch „darf nicht – wie in dieser Reportage – Kinderhandel als weit verbreitetes Phänomen unter Roma beschrieben werden“. Der Generalverdacht führt zu bedauerlichen Fällen wie jenem in Manchester, wo sechs Eltern eingesperrt wurden, weil sie im Verdacht standen, Kinderhandel zu betreiben. Ihre 15 Kinder kamen in temporäre Betreuung. Der Verdacht bestätigte sich nicht, die Eltern wurden wieder freigelassen. Leidtragende sind die Familien, die unschuldig inhaftiert und in den Medien als Kriminelle dargestellt wurden. Nicht nur der Europarat, auch Roma-Organisationen kritisieren, dass die Fernsehreportage zwar vorgibt, ein wichtiges Thema zu behandeln, doch letztendlich „den wachsenden Antiziganismus in ganz Europa anheizt“. Unkommentiert zu Wort kommt übrigens ein Lega-Nord-Mitglied, das meint, dass man „sie einfach töten müsste“.



Soziale Armut. Birgit Hebein von den Wiener Grünen: „Ich finde es höchst gefährlich, dass in der medialen Auseinandersetzung soziale Probleme ethnisiert werden und aus Kinderarmut ein „Roma-Problem“ mit kriminellem Charakter konstruiert wird.“

### Kronen-Zeitung: falsche Verweise

Norbert Ceipek gilt nicht nur als internationaler Experte, er macht seit Jahren auch Schlagzeilen. Qualitätsmedien wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung zeichneten mit seinen Aussagen eine Welt von schwerreichen kriminellen „Roma-Clanchefs“ und deren in Elend und Unterdrückung lebenden Untertanen, denen bewusst der Zugang zu Bildung verwehrt wird. „Bettler-Bosse leben in Villen“ titelte etwa auch die Kronen Zeitung just im letzten Salzburger Gemeinderatswahlkampf, in dem das Thema Betteln eine wichtige Rolle spielte. Die Krone brachte Fotos mit Quellenverweis auf das seriöse National Geographic, das 2012 eine Reportage über ein reiches rumänisches Dorf veröffentlichte. Im Bericht von National Geographic stammt der Reichtum von Kunstschmieden, die dort traditionell angesiedelt sind und gute Geschäfte machen. Fotos dieser Reportage hat die Krone übernommen und – frei erfunden – als „die Villen der Mafia-Hintermänner“ abgedruckt. Von Betteln oder Menschenhandel war im National Geographic allerdings überhaupt nicht die Rede. Diesen Zusammenhang stellte nur die Krone her, unterstützt von einem „Experten, wenn es um Bettel-Clans geht“ – Norbert Ceipek: „Ja, ich habe dieses Luxus-Dorf ge-

sehen“ übertitelt die Krone das Ceipek-Interview, in dem der Leiter der Drehscheibe über den Reichtum der „Bettel-Mafia“, die in diesen „Luxus-Vierteln“ in Saus und Braus lebt. Der Artikel heizte die Stimmung im Wahlkampf zusätzlich an.

Die Bilder der Villen übrigens, die gern als Kernzellen der „Bettel- und Diebesmafia“ dargestellt werden, geistern schon seit Jahren durch den Boulevard. In Bulgarien macht „Zar Kiro“ gerne Schlagzeilen und stellt sich als „Romakönig“ dar. Frage ich befreundete bulgarische RomNija, ob Kiro ihr Anführer sei, höre ich: „Das hätte er wohl gern.“ Auch in Rumänien gibt es Typen wie „Zar Kiro“. „Da geht es aber um ein Spiel mit den Medien und nicht um Menschenhandel“, sagt Norbert Mappes-Niediek. Mappes-Niediek ist Journalist und Fachautor für Südosteuropa. 2012 veröffentlichte er das Buch „Arme Roma, böse Zigeuner“, für das er in Rumänien und Bulgarien recherchierte. In dem Buch stellt er Mythen über sogenannte „Zigeuner“ der Lebensrealität von RomNija gegenüber. „Dem selbst ernannten Zar“, so Mappes-Niediek „ist ja das Image der Volksgruppe vollkommen egal. Denn er will immer als groß und mächtig erscheinen, und schon hat man eine schöne Geschichte: ein Typ mit Goldzähnen, der mit seinem Marmor protzt.“

### Ceipek: Falsch zitiert?

Zurück nach Wien. Nicht nur Roma-Organisationen, sondern auch der Berufsverband der SozialarbeiterInnen kritisierten bereits im Vorjahr die Aussagen von Ceipek scharf. Auch Birgit Hebein von den Grünen meldete sich zu Wort: „Ich finde es höchst gefährlich, dass in der medialen Auseinandersetzung soziale Probleme ethnisiert werden und aus Kinderarmut ein ‚Roma-Problem‘ mit kriminellem Charakter konstruiert wird. Die massiv steigende Armut wird damit außer Acht gelassen.“ Norbert Ceipek bekam von der MA 11 schließlich die Aufforderung, sich medial nicht mehr zu Wort zu melden, was einen empörten Aufschrei durch die Medienlandschaft zur Folge hatte. Eine Diskussion über freie Meinungsäußerung brach los, obwohl eigentlich eine Diskussion über Sachlichkeit vonnöten gewesen wäre.

Doch warum erzählt Ceipek Medien, dass „Kinder, die nicht zur Schule gehen und stattdessen Geld verdienen, bei den Roma höchsten Respekt genießen“, wie Ceipek sagt? Diese Aussage sei aus dem Zusammenhang gerissen, so Ceipeks Antwort. Ob er also falsch zitiert wurde? „Ja, weil es modern ist, so zu berichten.“

Was war da also zuerst: die Medien, die nach derartigen Schlagzeilen gieren, oder einer, der gern Schlagzeilen liefert?

Die Kinder und Jugendlichen, die bettelnd und stehend ihre Jugend verbringen, bringt die mediale Aufregung wohl nicht weiter. Dringend nötig wäre eine sachlich und differenziert geführte Diskussion auf Basis eindeutiger Fakten. Offizielle Zahlen, wie viele der Drehscheibenkinder tatsächlich von Menschenhandel im Zusammenhang mit Betteln und Stehlen betroffen waren, gibt es bis dato nicht.

*Ulli Gladik ist Filmemacherin und hat ein- einhalb Jahre in Bulgarien gelebt. In ihrem Dokumentarfilm „Natasha“ (2008) begleitet sie eine bulgarische Romni, die in Graz und Wien bettelt. Bei den monatlich stattfindenden Rechtshilfetreffen der BettelLobbyWien betreut sie aufgrund ihrer Sprachkenntnisse die bulgarischen BettlerInnen. Ihr jüngster Dokumentarfilm „Global Shopping Village“ lief vor dem regulären Kinostart beim Linzer Filmfestival Crossing Europe.*

# SOZIALARBEIT DARF NICHT REPRESSIV SEIN



Georg Dimitz, Personalvertreter der SozialarbeiterInnen der MA 11, über die Aufgabe von Sozialeinrichtungen, Hilfe zu leisten - auch für armutsbetroffene Familien aus Osteuropa.

**Vergangenes Jahr wurden 63 bosnische Jugendliche von der Polizei beim Stehlen aufgegriffen. Medien beschreiben bettelnde oder stehlende Kinder immer wieder als „romatypisch“. Wie sehen Sie das?**

Es gibt auch Österreicher, deren Kinder solche Tätigkeiten ausgeführt haben, und ich bin weit davon entfernt, zu sagen: „So sind die Österreicher.“

Ich reihe alle Problemschilderungen als Sozialprobleme ein, und für diese sind Lösungswege zu suchen. Die Erwähnung der Ethnien bringt uns der Lösung nicht näher. Die Ethnisierung von Problemen ist auch nicht wissenschaftlich und letztlich rassistisch. Ich beziehe mich da auf die UN-Konvention über Ethnien und rassistische Äußerungen, bei der Österreich federführend mitgearbeitet hat.

**Es gibt es den Verdacht, dass die Jugendlichen von „Hintermännern“ zum Stehlen gezwungen werden. Doch die Ermittlungen sind schwierig, weil die Jugendlichen sich nicht als Opfer sehen. Welche Lösungen sehen Sie?**

Dass wir Hilfsangebote bereitstellen. Als Sozialarbeiter bin ich Teil des Hilffsystems und nicht des Polizeisystems. Fotografieren von Kindern ist nicht die Aufgabe der Sozialarbeit. Es gibt Standards in der

## SIND TEIL DES HILFSSYSTEMS UND NICHT DES POLIZEISYSTEMS. GEORG DIMITZ

Sozialpädagogik, die für alle Einrichtungen gelten. Zu Beginn steht das Anamnesegespräch. Da wird erhoben, welche Bedürfnisse das Kind hat. Man/frau versucht das gesamte Gemeinwesen zu sehen und dort auf die Bedürfnisse und Probleme des Einzelnen rückzukoppeln. Ich muss meine Arbeit immer auf den individuellen Menschen abstimmen. Wichtig ist, nicht repressiv zu arbeiten. Das Gewaltmonopol liegt bei der Polizei und nicht bei der Sozialpädagogik. Wenn ein Kind dreimal davonläuft, dann muss ich versuchen, dass es beim vierten Mal dableibt. Da muss man/frau ein zähes Ringen um Beziehung führen.

**Wie könnte man armutsbetroffenen Familien aus Osteuropa helfen, die nach Österreich kommen, um hier zu betteln oder Zeitungen zu verkaufen?**

Dafür muss das Kinder- und Jugendhilfegesetz bzw. das Sozialhilfegesetz ganz individuell angewendet werden. Dafür sieht die Gesetzgebung auch Ressourcen vor, die zur Verfügung gestellt werden können. Für diese Aufgabe müssen den SozialarbeiterInnen muttersprachliche MitarbeiterInnen zur Seite gestellt werden. Denn Muttersprachlichkeit ist in schwierigen Lebenssituationen ein Menschen- und Kinderrecht.

**Werden für die Betreuung dieser Kinder in Österreich zu wenig Ressourcen zur Verfügung gestellt?**

Mehr kann oder soll es immer geben. Politik heißt Prioritäten setzen. Die Volksanwaltschaft fordert zu Recht eine Verdoppelung der Personalressourcen in der österreichischen Kinder- und Jugendhilfe.



# HALBE SACHEN

In Österreich sind Versuche, anonymisierte Bewerbungsverfahren einzuführen, auf teils kuriose Weise gescheitert.

*Text: Nasila Berangy  
Fotos: Karin Wasner*

**G**erlinde Buchsbaum, Leiterin der Abteilung Service für Unternehmen im AMS Wien, gibt sich keinen Illusionen hin. „Menschen mit Migrationshintergrund werden aufgrund ihrer Herkunft oder Religion diskriminiert. Sie scheitern im Bewerbungsprozess bereits im ersten Schritt – denn sie werden zu keinen Bewerbungsgesprächen eingeladen.“ Erhärtet werden Buchsbaums nüchtern gehaltene Worte von einer Studie aus Deutschland, die der Sachverständigenrat für Integration jüngst in Auftrag gegeben hat. Wissenschaftler haben 3.600 fiktive Bewerbungen ausgeschickt: die einen mit den Namen Ahmet und Hakan, die anderen lauten auf Lukas und Tim. Das Resümee des Studienleiters Jan Schneider: „Deutschland hat es mit einem ernsten Diskriminierungsproblem zu tun.“ Obwohl die vier fiktiven Bewerber die gleiche Qualifikation aufwiesen und Deutsch als Muttersprache angaben (Türkisch spricht keiner der vier Bewerber), wurden die Burschen mit den türkisch klingenden Namen öfter ignoriert und geduzt.

Um die Diskriminierung zumindest im ersten Bewerbungsschritt zu vermeiden, konzipierte Buchsbaum für das AMS Wien im vergangenen Jahr ein Projekt, in dem sich Arbeitssuchende anonymisiert bewerben sollten: ohne Angabe des Namens, des Geburtsdatums, des Geschlechts und auch ohne das obligate Foto im Lebenslauf. Den Ausschlag sollte ganz allein die Qualifikation der Arbeitssuchenden geben. Buchsbaum fand fünf Firmen aus dem Bereich Handel und Facility Management, die bereit waren, sich als Partner am Projekt zu beteiligen. Zwei der Unternehmen zogen sich allerdings schon nach kurzer Zeit wieder zurück. Was war passiert?

Das AMS-Team hatte für die Firmen aus seinem Pool der arbeitssuchenden Personen potenzielle KandidatInnen ausgesucht und deren Lebensläufe anonymisiert an die Firmen geschickt. Das Ergebnis war ernüchternd, wenn nicht kurios: Innerhalb von sechs bis sieben Monaten konnte keine einzige der Personen vermittelt werden, da die Firmen sich aufgrund des anonymen Lebenslaufs offenbar nicht für eine KandidatIn entscheiden konnten und es somit auch zu keinem Bewerbungsgespräch kam. Es hat den Anschein, als wäre den Firmen vorab nicht ganz klar gewesen, was eine

anonymisierte Bewerbung bedeutet. Die gescheiterte Personalsuche fand im Handel statt, dort können, laut Buchsbaum, üblicherweise bis zu 75 Prozent der Arbeitssuchenden vermittelt werden.

Jene beiden Firmen aber, die ihre Bereitschaft vorzeitig zurückgezogen hatten, brauchten zwar dringend Personal, wollten aber keine weiteren anonymen Bewerbungen entgegennehmen. Ihnen war der Aufwand anscheinend zu hoch. Die AMS-

## BEWERBUNGEN ALLEIN AUFGRUND VON QUALIFIKATIONEN? IN ÖSTERREICH NOCH NICHT.

Projektleiterin vermutet, dass sich die Firmen aufgrund des fehlenden Fotos mit den Bewerbungen intensiver auseinandersetzen hätten müssen. Dazu kommt die Praxis, nach der man in Österreich eine Stelle besonders nach Soft Skills besetzt. Diese lassen sich aber erst in einem Gespräch herausfinden.

### Name und Foto sind wichtig

Doch das Projekt des AMS ist nicht der einzige nahezu erfolglose Versuch, Bewerbungen in Österreich zu anonymisieren. Bundesministerin Heinisch-Hosek, die in der vergangenen Legislaturperiode auch für den öffentlichen Dienst zuständig war, hatte nach dem Vorbild der deutschen Antidiskriminierungsstelle ebenfalls ein Pilotprojekt zur Anonymisierung von Bewerbungsverfahren durchgeführt. Euphorisch verkündete sie im September 2012 in einer Presseausendung, dass sie sich „vorstellen könnte, gemeinsam mit den Sozialpartnern gesetzliche Maßnahmen zu erarbeiten, damit die Anony-

misierung in Österreich Standard wird“. Von diesem Enthusiasmus scheint heute nicht viel übrig geblieben zu sein. Doch dazu später mehr.

Zur Teilnahme an Heinisch-Hoseks Pilotprojekt erklärten sich die Konzerne Rewe und Novomatic bereit. Der Glücksspielkonzern wollte zwar nicht das gesamte Bewerbungsverfahren anonym gestalten, sagte aber zu, den Bereich der Trainees zu anonymisieren. Auf Anfrage bei Novomatic, wie das Projekt letztlich abgelaufen sei, gab sich die Konzernleitung zugeknöpft. Erst auf umständliches Nachfragen ließ die Novomatic Group – Gesamtumsatz 2012 laut Website mehr als 3,2 Milliarden Euro – über einen Sprecher schriftlich mitteilen, dass die Ergebnisse des Verfahrens wenig überzeugend ausgefallen seien. Und lapidar: Der Zusatzaufwand habe sich als zu groß erwiesen.

Gesprächsbereiter erwies sich hingegen Rewe International. Personaldirektor Johannes Zimmerl erzählt, dass Rewe zunächst nur für die IT (Datenverarbeitung), später aber auch für weitere Abteilungen anonymisierte Bewerbungen eingeführt hat. Der Haken daran ist aber, dass die Anonymisierung nicht verpflichtend war. Man stellte den BewerberInnen frei, ob sie sich „blind“ oder personalisiert bewerben möchten. Das Ergebnis sieht, wenig überraschend, laut Zimmerl so aus: „Die Anzahl der anonymen Bewerbungen hält sich in Grenzen.“ Klar, denn dieser Wettbewerb läuft doch eher ungleich ab.

„Warum sollte sich jemand, der Mainstream ist, anonym bewerben?“, fragt Astrid Moritz, Leiterin der Abteilung Frauen und Familien in der Arbeiterkammer Wien. Unter diesen Bedingungen entstehe doch das Gefühl, dass eine Bewerbung etwas zu verstecken habe, wenn sie anonym erfolgt. Das ist auch der Grund, warum Rewe nur eine marginale



Anzahl an anonymen Bewerbungen erhält, die in keiner Relation zu den personalisierten Bewerbungen steht. Seit Beginn des Pilotprojekts fanden auf diese Weise insgesamt nur fünf Personen Aufnahme in den Konzern.

Zimmerl gibt sich hingegen auch für den gemischten Bewerbungsmodus optimistisch und meint, er würde sich freuen, wenn sich mehr Personen anonym bewerben. Er will keine Skepsis aufkommen lassen und spricht von einem „guten Instrument“, das in Österreich erst noch populär gemacht werden müsse. Zimmerl selbst empfiehlt es anderen Personalchefs in persönlichen Gesprächen weiter. Ein völlig anonymisiertes Verfahren hält Zimmerl trotz des mäßigen Erfolgs für nicht zweckmäßig. Zu groß wäre das Risiko, BewerberInnen zu verlieren, würde die Tür für personalisierte Bewerbungen geschlossen. Dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, des Geschlechts oder einer Behinderung diskriminiert werden, davon ist Zimmerl zumindest für einen Teilbereich des Lebens wie den Arbeitsmarkt überzeugt. Zimmerl: „Es gibt bestimmt Firmen, die niemanden mit Migrationshintergrund und Kindern nehmen würden.“ So bleibt das Projekt bei Rewe eher in einer pragmatischen Variante bestehen: Auch wenn Zimmerl überzeugt ist, dass in seinem Konzern niemand diskriminiert wird – mit den anonymisierten Bewerbungen will man den Leuten vor allem Mut machen und zeigen, „dass es uns egal ist, ob sie blond, brünett, Mann, Frau, jung oder alt sind“.

### AK sieht keinen Bedarf

Doch was vermag das anonymisierte Bewerbungsverfahren tat-

sächlich zu leisten? Astrid Moritz von der Arbeiterkammer Wien sieht es zum einen als Instrument zur Sensibilisierung der ArbeitgeberInnen und zum anderen als Chance für bestimmte Personengruppen, überhaupt zu einem Gespräch eingeladen zu werden. Und wie hält es die AK Wien selbst, so wie es viele deutsche Länder im öffentlichen Dienst praktizieren, dieses Instrument einzuführen? Dazu Astrid Bertalan, Leiterin der Personalabteilung: „Wir beschäftigen uns mit Diversität und haben das verinnerlicht, wir tragen das auch nach außen.“ Deshalb diskutiere die AK Wien auch nicht über die Einführung dieses Modells im eigenen Haus. Gut gestaltete Bewerbungsunterlagen mit einem übersichtlichen CV und einem prägnanten

## WÜRDEN MICH FREUEN, WENN SICH MEHR LEUTE ANONYM BEWERBEN. JOHANNES ZIMMERL, REWE

Motivationsschreiben seien laut Bertalan in der AK ohnehin wichtiger als ein Foto, das Geburtsdatum, Geschlecht oder die Herkunft. Würden diese Angaben fehlen, wäre es für Bertalan dennoch kein Grund, die BewerberIn vom Auswahlverfahren auszuschließen. Einzig, wer lässt in Österreich diese Infos in seinem CV aus? Bertalan: „Vereinzelt kommt es vor, dass wir Bewerbungen ohne Foto bekommen.“

Auch im Büro von Bundesministerin Heinsch-Hosek hält man offenbar nicht so viel von der Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft. „Denn“, so erklärt die Projektzuständige Ursula Bazant aus dem Büro der Bundesministerin, „alle BewerberInnen, die die Kriterien erfüllen, müssen in die zweite Runde eingeladen wer-

den. Das ist gesetzlich vorgeschrieben. Das würde daher das Instrument der anonymisierten Bewerbung ad absurdum führen.“ Wenn also deutsche Kommunen anonymisierte Bewerbungen einführen, möge das für diese sinnvoll sein, aber auf Österreich sei das deshalb nicht automatisch übertragbar, so die nicht ganz schlüssige Argumentation. Zudem sei, so die Argumentation, auch das Interesse der Wirtschaft in Deutschland am Modellprojekt sehr begrenzt gewesen. Dem widerspricht Sebastian Bickerich von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Deutschland. Nach Pilotprojekten hätten immerhin das Familienministerium, die Bundesagentur für Arbeit, die Regionaldirektion NRW, der Münchner Geschenke-spezialist MYDAYS und die Stadtverwaltung Celle die Anonymisierung eingeführt. MYDAYS habe sogar seine Personalchefin Natalie Mankuleyio im Rahmen des Pilotprojekts gewonnen, mehr als die Hälfte aller neuen MitarbeiterInnen werden heute über anonyme Bewerbungen gefunden. Die Deutsche Post, DHL, die Deutsche Telekom, L'Oréal Deutschland und Procter & Gamble setzen mittlerweile Teilanonymisierungen ein. Zudem wollen neun deutsche Bundesländer das Verfahren erproben. Das Vorbild zeigt Wirkung: In Baden-Württemberg machen bereits eine ganze Reihe mittelständischer Unternehmen mit. Schleswig-Holstein wird 2016 ein Pilotprojekt starten, bereits heute verzichtet man auf das Foto im Lebenslauf. Eine Praxis, die in den USA schon lange üblich ist: Dort sind personalisierte Bewerbungen verpönt. Bei Telecom USA erhält man sogar sein Foto zurück, wenn man eines in seinen Lebenslauf kopiert. In Österreich scheint Wien indes einen anderen Weg zu gehen als der Bund. „Aus integrationspolitischer Sicht ist es ein wichtiges Instrument, das zu begrüßen ist“, sagt Andreas Berger, Sprecher der Stadträtin für Integration, Frauenfragen und Personal. Man arbeitet an neuen Maßnahmen für das Diversitätsmanagement und an einem Wien-Modell, anonymisierte Bewerbungsverfahren seien ein Teil dessen. In welchem Umfang kann Berger noch nicht sagen. Aber „der politische Wille ist da“. Im Herbst wird das Modell für den öffentlichen Dienst präsentiert. Bleibt abzuwarten.



# DER ÖFFENTLICHE FRIEDEN UND SEINE GEFÄHRDUNG

Was haben FlüchtlingsaktivistInnen, Fußballfans und TierschützerInnen gemeinsam? Jene problematischen Paragraphen, mit denen gegen sie ermittelt wird. Wird hier zivilgesellschaftliches Engagement gefährdet?

Text: Stefan Kraft

**S**taatsanwälte reizt man nicht. Das musste der Verteidiger des Rapid-Fans Oliver P. erfahren, als er Mitte Februar dieses Jahres erwirken wollte, die immerhin schon mehrere Wochen andauernde U-Haft seines Mandanten gegen Hausarrest samt Fußfessel zu tauschen. Die mit den Ermittlungen beauftragte Staatsanwältin Stefanie Schön wehrte sich in ihrer Beschwerde vehement gegen die angestrebte Milderung und verwies auf die Gefahr einer „einschlägigen Tatbegehung“. Die Causa dreht sich um Schlägereien zwischen Fans und Polizisten am Rande eines Fußballspiels im September 2013. Der Verdächtige wurde fünf Monate später unter dem Vorwurf des Paragraphen 274 des Strafgesetzbuches (Landfriedensbruch) festgenommen. Als die Anklagebehörde das Oberlandesgericht (OLG) einschaltete, um die weitere Untersuchungshaft zu klären, kam es zu harschen Worten. Allerdings gegen die Staatsanwältin. Denn auf den Videoaufnahmen, die Polizei und Justiz von den Vorfällen zur Verfügung standen, konnte das OLG im Gegensatz zu Schön die Gründe für die U-Haft nicht bestätigen. „Zu keinem Zeitpunkt des Videoverlaufs entsteht der Ein-



druck gewaltbereiter Aggressivität des Beschuldigten“, hieß es da. Darüber hinaus sei „keiner einzigen Zeugenaussage irgendein belastender Moment gegen den Beschuldigten zu entnehmen“. Oliver P. musste freigelassen werden.

## **Klassischer „Ungehorsamsparagraf“**

Staatsanwältin Stefanie Schön steht nicht zum ersten Mal im Licht der Öffentlichkeit. Anfang des Jahres war sie drauf und dran, Michael Genner, den Obmann der NGO Asyl in Not, wegen Paragraph 282 Strafgesetzbuch („Aufforderung zu mit Strafe bedrohten Handlungen und Guttheißung mit Strafe bedrohter Handlungen“) vor Gericht zu bringen. Genner hatte in einem Artikel im August 2013 mit dem Titel „Schlepper und Lumpen“ seine „Achtung“ vor „jedem ehrlichen Schlepper“ bekundet, „der seine Kunden sicher aus dem Land des Elends und Hungers, des Terrors und der Verfolgung herausführt“. Nicht ohne sich im selben Text von verbrecherischen Schleppern zu distanzieren. Schön war der Meinung, hier liege die strafwürdige Guttheißung eines Verbrechens vor.

Im Gegensatz zu den Rapid-Fans erfuhr Mi-

Michael Genner einiges an öffentlicher Solidarität. Selbst der eingefleischte Neoliberaler Christian Ortner merkte in einem Kommentar für die „Presse“ an, hier handle es sich um einen „von allen guten Geistern verlassenen Staatsanwalt“. Schließlich zog die Oberstaatsanwaltschaft Wien die Notbremse und erteilte die Weisung, der Strafantrag müsse zurückgezogen und der Prozess abgewendet werden. Der vorgesehene Termin für die Verhandlung am 6. Februar 2014 fiel ins Wasser. Gegenüber MO wollte die Staatsanwältin keine Aussagen zu den laufenden und abgeschlossenen Verfahren tätigen. Albert Steinhauser, Justizsprecher der Grünen, nennt den Paragraphen 282 einen „klassischen zivilen Ungehorsamsparagraphen, der Äußerungen ahndet, die im Zuge politischer Aktivitäten getätigt wurden. Und das kollidiert mit der Meinungsfreiheit.“ Wohlgemerkt stößt sich Steinhauser vor allem an Absatz 2 des Gesetzes, der die „Gutheißung“ (und nicht den Aufruf zu) einer Straftat ahndet. Der Paragraph 282 gehört zu einer Gruppe von Gesetzen, die im österreichischen Strafgesetzbuch unter der Überschrift „Strafbare Handlungen gegen den öffentlichen Frieden“ rangieren. Ebenfalls dort verzeichnet sind die Paragraphen 274 („Landfriedensbruch“), 278 („kriminelle Vereinigung“), 278a („kriminelle Organisation“) sowie 278b („terroristische Vereinigung“).

**Grundrechte in Gefahr**

Geht es nach der Zahl der Gerichtsverfahren und Verurteilungen nach diesen Paragraphen in den letzten Jahren, könnte man den Eindruck gewinnen, der öffentliche Friede sei zunehmend in Gefahr. Symptomatisch steht dafür das Delikt des „Landfriedens-

bruchs“: Wie der „Standard“ recherchierte, wurden nach der großen Strafrechtsreform des Jahres 1974, aus dem der Paragraph auch stammt, bis zum Jahr 2003 lediglich 23 Verurteilungen ausgesprochen. Doch allein im Jahr 2012 wurden 75 Personen nach diesem Gesetz bestraft. Der Großteil von ihnen waren Fußballfans. Mit einer anschließenden

Ge-walt-welle in den Stadien, die ein härteres Vorgehen der Justiz notwendig mache, sei dies jedenfalls nicht erklärbar, meint Albert Steinhauser: „Die 1970er und 1980er Jahre waren weitaus unruhiger, damals war der Hooliganismus ein weit verbreitetes

Phäno-men. Das ist heute nicht mehr so.“ Dennoch wurde das fast schon vergessene Gesetz aus seinem Tiefschlaf geholt. „Der Landfriedensbruch ist eigentlich ein Paragraph, der zur Aufruhr- und Aufstandsbekämpfung 1848 eingeführt wurde“, so Steinhauser. Er stellt

die „wissentliche Teilnahme an einer Zusammenrottung einer Menschenmenge“ unter Strafe, die darauf abzielt, Gewalttaten zu begehen. Dies bedeutet, dass für eine Anklage nach Paragraph 274 die jeweilige Person nicht selbst etwa eine Körperverletzung oder schwere Sachbeschädigung begangen haben muss – es genügt die Anwesenheit in der Menge, aus der heraus das Delikt passiert ist. Etwa die Teilnahme an einer Demonstration, einem Streik oder einer Sitzblockade, an deren Rande es zum Beispiel zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt. Der Linzer Anwalt Manfred Arthofer, Vertreter von angeklagten Rapid-Fans, meint dazu: „Wir laufen Gefahr, eines unserer größten Grundrechte zu verlieren, nämlich jenes der Versammlungsfreiheit.“

Albert Steinhauser weist noch auf eine andere Problematik hin, die sich aus der Anwendung des „Landfriedensbruchs“ ergibt. „Mit diesem Delikt lassen sich Verfolgungshandlungen gegen einen sehr breiten Kreis von Betroffenen rechtfertigen, unabhängig davon, ob sie tatsächlich aktiv an Straftaten mitgewirkt haben.“ Hierin dürfte ein Motiv für Polizei und Justiz liegen, sowohl den „Landfriedensbruch“ wie auch den „Mafiaparagrafen“ 278a nun häufiger zur Anwendung zu bringen. Sie bieten die Möglichkeit zu umfassenderen Ermittlungen wie Hausdurchsuchungen, Razzien, Lauschangriffen und monatelanger Untersuchungshaft. Prominentestes Beispiel hierfür waren jene 13 TierschützerInnen, denen 2010 die Bildung einer „kriminellen Organisation“

nach Paragraph 278a vorgeworfen wurde. Die gegen sie ermittelnde Sonderkommission ordnete sogar an, Peilsender an den Autos der TierschützerInnen anzubringen und schleuste verdeckte ErmittlerInnen in die Gruppe ein. Nach einem 14 Monate dauernden Prozess am Landesgericht Wiener Neustadt wurden alle Angeklagten freigesprochen. Doch die lange Verfahrensdauer und die damit verbundenen anwaltlichen Kosten brachten sie in enorme finanzielle Schwierigkeiten.

### Entschärfung gilt als unwahrscheinlich

Der Zusammenbruch des Tierschützerprozesses trug jedoch schließlich dazu bei, dass das Gesetz 2013 reformiert wurde. Während davor eine kriminelle Organisation dadurch definiert war, „erheblichen Einfluss auf Politik oder Wirtschaft“ anzustreben, findet sich dieser – für NGOs durchaus problematische – Passus nicht mehr in der aktuellen Form des Strafgesetzbuches.

Darin unverändert enthalten sind das Delikt des Landfriedensbruchs nach Paragraph 274 sowie die „Teilnahme an einer Zusammenrottung“. Aufgrund der gehäuften Verfahren stellte Albert Steinhauser 2013 einen Antrag auf Abschaffung des Gesetzes, der vor der Wahl allerdings nicht mehr behandelt wurde. Für diese Legislaturperiode stünden die Chancen eher schlecht: „Die Justiz wird sich die hohen Eingriffsmöglichkeiten nicht nehmen lassen.“ Doch auch der Justizsprecher der SPÖ, Hannes Jarolim, sieht das Gesetz kritisch: „Strafbarkeit für den Einzelnen kann also allein dadurch eintreten, dass man an einer ‚Zusammenrottung‘ einer Menschenmenge teilnimmt.“ Das kann auch ohne jede kriminelle Energie oder ohne jeden Vorsatz, eine konkrete strafbare Tathandlung zu begehen, für den Einzelnen eintreten.“

Die Ausnahmebestimmung des Absatzes 3

sieht Jarolim keineswegs ausreichend, „um zu verhindern, dass de facto Unschuldige ebenfalls in die Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung geraten können.“

Jarolim schlägt vor, den Landfriedensbruch-Paragraphen „einer intensiven wissenschaftlichen und politischen Diskussion“ zu unterziehen. „In der geltenden Fassung kann der Paragraph für die Zivilgesellschaft, aber insbesondere auch für Fußballfans eine Gefährdung dahingehend darstellen, dass Menschen ohne strafbaren Vorsatz kriminalisiert werden.“

Aus dem Justizministerium war keine konkrete Stellungnahme zu bekommen. Auf Anfrage erklärte der Pressesprecher des Justizministers, dass „anlässlich des 40. Geburtstags“ des Strafgesetzbuches „eine wirklich umfassende Reform“ geplant sei.

## SOLLTEN PARAGRAPH ZU LANDFRIEDENSBRUCH ÜBERDENKEN. HANNES JAROLIM

Details seien nicht bekannt. „Inwiefern die Reformgruppe bei den angesprochenen Paragraphen Reformen vorschlagen wird, kann ich derzeit nicht sagen, da sie ohne detaillierte Vorgaben arbeitet“, gibt Pressesprecher Wiegand gegenüber MO zu Protokoll. Festzuhalten ist, dass das neue StGB im Lauf des Jahre 2015 in Kraft treten soll. Das drastischste Beispiel für die Folgen der genannten Gesetze stammt aus der jüngsten Vergangenheit: Zum Redaktionsschluss sitzt ein Teilnehmer der Demonstration gegen den WKR-Ball Ende Jänner 2014 wegen Landfriedensbruchs immer noch in Untersuchungshaft. Die über drei Monate Gefängnis stützen sich auf vage Beweise und vor allem: auf ein Gesetz, das dazu angetan ist, die Zivilgesellschaft in ihrem politischen Dasein ernsthaft zu bedrohen.

### IMPRESSUM

#### MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9, redaktion@momagazin.at, www.sosmitmensch.at

#### REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun), Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg, Magdalena Summereder

#### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Nasila Berangy, Fritz Franz, Ulli Gladik, Simon Inou, Stefan Kraft, Andreas Peham, Pinguin, Alexander Pollack, Martin Schenk, Katharina Schmidt, Philipp Sonderegger,

#### PROJEKTLEITUNG: Magdalena Summereder

#### COVERBILD: Karin Wasner

#### LEKTORAT: Susanne Drexler

#### ARTDIREKTION: Mitko Javritsch

#### LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

#### DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

#### ANZEIGEN: Sandra Lakitsch

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

#### ABOS: Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-66

#### VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“,

Straßenkolportage

#### AUFLAGE: 30.000

#### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

#### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obfrau: Nadja Lorenz

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

#### SPENDEN:

PSK 60000, Kto 91.000.590

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: OPSKATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.



# FRONT- BEGRADIGUNG

Wie ist die FPÖ nach dem erzwungenen Abgang von Andreas M $\ddot{u}$ lzer positioniert? Hat sie einen Richtungswechsel vorgenommen?

*Text: Andreas Peham*

**D**ass Andreas Mölzer (Corps Vandalia) über Jahrzehnte rassistische und antisemitische Texte – vor allem in seinem Wochenblatt „Zur Zeit“ – verantwortet hatte, disqualifizierte ihn nicht für die neuerliche FPÖ-Spitzenkandidatur zur Europawahl. Auch die Veröffentlichung seiner Aussagen zur EU bei der Präsentation der jüngsten Publikation der Parlamentarierin Barbara Rosenkranz machte ihn für die Parteispitze zunächst nicht untragbar. Weder seine bereits 2009 erstmals aufgestellte Behauptung, das „Dritte Reich“ habe den (ökonomischen) Alltag weniger reglementiert als die verhasste EU, noch seine zuerst geleugnete dann als ironisch verharmloste rassistische Rede vom „Neger-Konglomerat“ vermochte also Mölzer zu Fall zu bringen. Bekanntlich stolperte er erst über einen Artikel zum österreichischen Fußballstar David Alaba, der aufgrund seiner Hautfarbe („pechrahenschwarz“) kein „echter Wiener“ sein könne. Erst damit zog sich die FPÖ die Ablehnung des Boulevards und den Groll der stolzen Fußballpatrioten zu.

Weil wie stets in vergleichbaren Fällen mancherorts schon wieder eine um Mäßigung bemühte Parteispitze oder gar eine weniger rechte FPÖ behauptet wird, soll in Erinnerung gerufen werden, dass es nach wie vor der von Burschenschaftlern dominierte rechtsextreme Kern ist, der die Partei beherrscht. Schon beim Mölzer-Abgang zeigte sich, wie wenig dieser inhaltlich begründet war. So hatte NAbg. Elmar Podgorschek (Grenzlandsmannschaft *Cimbria*) kein grundsätzliches Problem mit den Äußerungen, vielmehr sah er dessen erzwungenen Abgang als Zeichen dafür, „dass gewisse Äußerungen in der Öffentlichkeit schwer vertretbar“ seien. „Der Begriff Neger“ sei für Podgorschek „nicht problematisch“, darum würde er ihn „auch heute noch gebrauchen“.

### **Burschenschaftlerpartei**

Bis Mitte der 1980er Jahre belief sich der Anteil von deutsch-völkisch Korporierten unter den FPÖ-Nationalratsabgeordneten auf rund zehn Prozent. Unter dem Burschenschaftler Jörg Haider wuchs dieser Anteil kontinuierlich, um 1999 die Höchstmarke von 50 Prozent zu erreichen. Der daraufhin

einsetzende Absturz in der WählerInnen-gunst ging vor allem zulasten der Korporierten: Ihr Anteil sank bis 2002 auf 20 Prozent, um jedoch bis 2013 wieder auf über 40 Prozent zu steigen. Derzeit gehören von den 33 männlichen Nationalratsabgeordneten 15 einer deutschnationalen Verbindung an. Mit Barbara Rosenkranz und der Familien- und „Vertriebenensprecherin“ Anneliese Kitzmüller kommen zwei Mitglieder von nicht minder deutschnationalen „Damengilden“ oder „Mädelschaften“ dazu. Kitzmüller, nebenbei führende Funktionärin der rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft (ÖLM), verlangte Anfang September 2011, dass eine slowenische Zwei-Euro-Münze umgehend aus dem Verkehr gezogen werden soll. Die Freiheitliche stieß sich daran, dass die Münze dem Interbrigadisten und Partisanenkommandanten Franc Rozman Stane (1911–1944) gewidmet ist. Ohne konkrete Beweise vorzulegen, behauptet Kitzmüller gegenüber der APA (1. 9. 11), dass Stane „in Gräueltaten“ involviert gewesen

## **BEKENNTNIS ZUR DEUTSCHEN VOLKS- GEMEINSCHAFT: SEIT 2011 WIEDER IM PROGRAMM**

wäre. Barbara Rosenkranz blieb dadurch in Erinnerung, dass sie nach Bekanntgabe ihrer Kandidatur zur Bundespräsidentenschaft ihre ablehnende Haltung gegenüber dem NS-Verbotsgesetz erneuerte, weil dieses in Teilen die „freie Meinungsäußerung“ behindere. Gefragt, ob sie selbst auch an der Existenz von Gaskammern zweifle, antwortet Rosenkranz kryptisch: „Mein Geschichtsbild ist das eines Österreicher, der zwischen 1964 und 1976 in österreichische Schulen gegangen ist. An diesem Geschichtsbild habe ich keine Änderungen vorzunehmen.“ Auf die Nachfrage, ob das nun heiße, dass sie „keine Zweifel daran“ habe: „Man kann Geschichte natürlich nur mittelbar wahrnehmen. Was gelehrt wurde, ist auch mein Geschichtsbild.“ („Kurier“, 3. 3. 2010)

Als Ausdruck der weltanschaulichen Dominanz des korporierten Milieus in der FPÖ kann auch die Tatsache gesehen werden, dass 2011 das 1998 gestrichene Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“ wieder im Parteiprogramm verankert wurde.

Dementsprechend attestierte die deutsche „National Zeitung“ der FPÖ einen „klaren Rechtsruck“: „Mit diesem neuen Parteiprogramm [...] schlägt die FPÖ unter HC Strache – nun auch schriftlich fixiert – einen dezidiert deutsch bewussten und klar national-freiheitlichen Kurs ein und kehrt somit zu ihren Wurzeln zurück. Mindestens drei der fünf Stellvertreter Straches, die allesamt einstimmig von den Delegierten gewählt wurden, gehören dem deutschnationalen Lager an. Dies zeigt auch, dass die Geschlossenheit innerhalb der national-freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft groß wie selten ist.“

Einen Ausdruck dieser „Geschlossenheit“ stellt etwa die Übernahme des umstrittenen WKR-Balls in der Wiener Hofburg durch die FPÖ dar, einen anderen die Gratulationen, die die Parteispitze Ende 2011 der rechtsextremen „Aula“ zum 60-jährigen Bestehen übermittelte. Heinz-Christian Strache (pennale Burschenschaft Vandalia) nannte das „freiheitliche Monatsmagazin“ ein „unbequemes Medium“, das „sich nie dem Zeitgeist, woher auch immer er wehen mochte, untergeordnet hat“. Tatsächlich versperrte sich das Burschenschaftler-Zentralorgan so zeitgeistigen Erkenntnissen wie jener von den Giftgasmassenmorden in den Vernichtungslagern, was ihm schon einmal eine Verurteilung nach dem NS-Verbotsgesetz eingebracht hat. In der von Strache und anderen FPÖ-Führungskadern beglückwünschten „Aula“ war unter anderem auch von einem „auf uns lastende[n] althebräische[n] Zinseszinsssystem“ zu lesen, von Adolf Hitler als „unerwünschte[m], weil erfolgreiche[m] Sozialrevolutionär“, dessen durchgesetztes „Primat der Politik über die Wirtschaft [...] gewissermaßen das Todesurteil der kapitalistisch geführten Welt heraus[forderte]“, oder von der „normative[n] Kraft der rassistischen Abstammung“ und der Notwendigkeit eines „Befreiungskrieg[es]“ gegen die „Verräter und Verbrecher“ aus dem „eigenen Volk“. Und zum Nationalsozialismus fiel dem FPÖ-Akademikerblatt schon einmal „soziale Gerechtigkeit, volksgemeinschaftliches Denken gegen zunehmende Materialisierung, klare Verantwortungs- und Führungsstrukturen statt endloses Feilschen um Parteiinteressen“ ein.



Burschschafter und ihr Weltbild: Abg.z.NR. Werner Neubauer: Das Inferno von 1945 hat zu quälender Auseinandersetzung mit eigener Geschichte geführt.

### Stefan: „Mahnmale und Bußrituale“

Auch der steirische Nationalratsabgeordnete Wolfgang Zanger (Corps Vandalia) will am Nationalsozialismus „gute Seiten“ sehen: In der ORF-Sendung Report (7. 11. 2006) erklärte er: „Alle lechzten nach Beschäftigung, nach ein bisschen Hoffnung, und als dann der Führer gekommen ist, der dann angefangen hat mit verschiedenen Bauideen oder Straßenbau – die Autobahnen sind damals entstanden –, das hat den Leuten Hoffnung gegeben.“ Aus der relativierenden bis apologetischen Sichtweise des Nationalsozialismus oder von Elementen desselben folgt eine, angesichts des Selbstverständnisses der Zweiten Republik zwangsläufige Frontstellung von korporeierten Freiheitlichen zu dieser Republik. In ihr, so der Wiener Nationalratsabgeordnete Harald Stefan (Burschenschaft Olympia), herrschten die „Ewiggestrigen [...] mit ihrem Dauerfeuer der Bedenkveranstaltungen, Mahnmalen und Bußritualen“. Die ablehnende Haltung gegenüber (neonazistischen) Holocaustleugnern und rechtsextremen Relativierungsversuchen lässt Stefan den Eindruck bekommen, durch „Aussagen [...], die nicht der offiziellen Geschichtsbetrachtung entsprechen“, werde „der ganze Staat in Frage gestellt. Und das Erstaunliche ist: Das ist tatsächlich so. Welch ein Armutzeugnis für das Staatswesen. Der Befreiungsmythos wird zur Grundlage unserer Republiken. Wankt diese völlig einseitige Geschichtsdarstellung, wankt das Funda-

ment des Staatswesens. Bricht ein Mosaikstein heraus, funktioniert das System nicht mehr. Ja, das ist der Grund für die hysterischen Reaktionen auf alles, was zu einer differenzierten Betrachtung führt.“ (Schillerkommers in Wien, 11. 6. 2005) Der „Kurier“ fragte am Vorabend des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus 2007 FPÖ-Nationalratsabgeordnete nach ihrer Sicht auf dieses Datum. Die Antworten fielen vielsagend aus: „Ich weiß nicht, ob es richtig ist, jedes Jahr

### NACH MÖLZERS RÜCKZUG VON EINEM RICHTUNGS- STREIT ZU SPRECHEN, WÄRE VERFRÜHT.

Gedenkfeiern abzuhalten. Bald feiern wir jedes halbe Jahr“, lamentierte Alois Gradauer (pennale Verbindung Bajuwaria). Der oberösterreichische Abgeordnete verlangte einmal mehr einen „Schlussstrich“. Parteichef Strache forderte ein Gedenken an „alle Opfer aller Kriege“, womit er die Besonderheit des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen einebnete. Und der oberösterreichische Nationalratsabgeordnete Werner Neubauer (Schülerverbindung Gothia Meran, pennale Burschenschaft Teutonia, Linz) forderte 2009 ebenfalls, einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu setzen, zumal sie durch Strafgesetze eingeschränkt sei: „Das Inferno des Jahres 1945

hat im ganzen deutschen Raum zu einer ständigen quälenden, ja lähmenden Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte geführt, wie sie in keinem anderen europäischen Land jemals erfolgt ist. Sie wird auch in keinem anderen europäischen Land mit jenem unvergleichlichen Masochismus stattfinden, der unsere Länder auszeichnet. 65 Jahre nach Kriegsende ist das Ende der Aufarbeitung des Faschismus nicht abzusehen, immer mehr Personen werden aus dem Licht ins Zwielicht gezerrt [...]. Weg von der Vergangenheitsbewältigung, weg von der Geschichtsdiskussion, die im Hinblick auf Strafgesetze und Zustände, wie sie zur Zeit der Demagogenverfolgung in Deutschland oder der Kommunistenverfolgung in den USA herrschten, nicht offen geführt wird.“

Nach dem erzwungenen Rückzug Mölzers von einem Richtungsstreit innerhalb der Partei zu sprechen, wäre jedenfalls verfrüht. Tatsächlich handelt es sich nicht um eine ideologische Ausdifferenzierung, sondern um eine bloße Frontbegrädigung, die angesichts der kritischen Stimmen im journalistischen Boulevard notwendig erschien. Angesichts dieses Einknickens der Parteispitze wuchs der Ärger unter Burschschaftern, jedoch haben sie sich mit offener Kritik zumindest bis nach den EU-Wahlen zurückgehalten. Denn auch Korporeierte haben ein Interesse am Erstarren der FPÖ, das ihnen weitere Posten und Pfründe verschafft.

## NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

AUFGEZEICHNET VON GUNNAR LANDSGESELL, FOTO: LEA FRIESSNER



### Weil er so ein guter Arbeiter ist

Viktor ist seit 15 Jahren bei mir, hat schon lange einen legalen Aufenthalt, hat eine Wohnung, geht arbeiten. Er muss aber jedes Jahr 4 Monate aussetzen, für die Zeit muss er sich das Geld immer zammensparen, dass sich das ausgeht. Das ist eine Bestimmung, dass die Zugewanderten „unseren Leuten“ nicht die Arbeitsplätze wegnehmen. Der Viktor hat lange ein vorübergehendes Bleiberecht gehabt. Wahrscheinlich weil er so ein guter Arbeiter ist, hat ihn der Arbeitgeber immer wieder genommen, oder? In Schwechat am Flughafen in einer Kantine. Jedenfalls hat er jetzt um die Staatsbürgerschaft angesucht, und was macht er? Er fährt nach Deutschland und nach England zu den Verwandten, und schaut, wie es denen geht. 14 Tage war er weg. Daraufhin sagt ihm das Amt, er kriegt die Staatsbürgerschaft nicht, weil er hat woanders gelebt, er darf das Land in den vier Monaten nicht verlassen. Und jetzt muss er noch einmal von vorn anfangen. Aber der war zwei Wochen seine Verwandten besuchen, der hat nirgendwo anders gelebt. So drangsaliert man die Leute. Das Nächste ist, was die Staatsbürgerschaft kostet. Dafür muss er 1.400 Euro hinlegen, sonst kriegt er sie nicht. Am Amt haben sie ihm einen Tag genannt, da muss er das Geld mithaben.

Wenn er es an dem Tag nicht hat, kriegt er sie nicht. Ich war nah dran, anzurufen und zu sagen: Horchen S', und wenn er das Geld mithat, dann sperren Sie ihn gleich ein, weil dann hat er es sicher gestohlen. Was ist das für ein Umgang mit den Leuten? Die machen denen was zuleiß, wo's geht.

### Leumundszeugnis für Zehnjährige

Ich hab eine armenische Familie mit 3 Kindern, die sind auch schon ewig in Österreich. Die kriegen jetzt ein Aufenthaltsvisum, die Frau kann arbeiten gehen, passt alles. Aber die MA 35 will für die Tochter, die zehn Jahre alt war, wie sie von Armenien weggegangen sind, ein Leumundszeugnis. Ich frag Sie, was soll denn da drinstehen? Dass sie das Tintenfass ausgetrunken hat in der Schule? Jetzt muss die Mutter zur russischen Botschaft gehen, dort 50 Euro zahlen, damit sie das kriegt. Ist das ein Schwachsinn, bitte? Wofür brauchen die ein Leumundszeugnis für ein Kind? Mir ist so was noch nicht untergekommen, aber die erfinden immer neue Sachen. Das ganze Visum hat Länge mal Breite gekostet, für fünf Personen, das können Sie sich nicht vorstellen. Wenn ich das nicht unterstütz', dann kriegen die das nie. Zuerst lässt man die Leut' nicht arbeiten, dann sollen sie

das alles zahlen. Erst muss die Frau einen Deutschkurs machen, den muss sie zahlen. Dann die Prüfung, die muss sie auch zahlen. Jedes Papierl muss übersetzt, beglaubigt und bezahlt werden. Allein der Antrag kostet schon 120 Euro. Die Zeugnisse von den Kindern, weil das ist ja auch ein Grund, warum sie das Visum kriegt. Weil die Kinder einen guten Schulerfolg haben. Das ist ja der Beweis, dass sie integriert sind. Da muss die Frau Befürwortungen von irgendwelchen Stellen mitbringen, dass die Kinder sich das verdient haben. Ist das nicht ein Schwachsinn? Jeder weiß, dass da irgendwas drinsteht, weil wenn jemand reinschreibt, die Kinder haben mich jeden Tag geschimpft und der Vater war jeden Tag besoffen, dann wird sich die Befürwortung niemand abholen (lacht). Also, das ist doch Schwachsinn pur.

### Dann aber doch...

Was wurde schließlich aus der Staatsbürgerschaft von Viktor? Ich hab einen Anwalt bezahlt, der das mit den 14 Tagen angefochten hat. Dann hat er sie eh bekommen. Aber stellen Sie sich vor, der rennt nicht mir übern Weg ...

*Die Redaktion wünscht Frau Bock alles Gute auf ihrem Weg der Genesung.*

## POPULÄR GESEHEN

## Kaffee trinken in schweren Zeiten

Der Mann hinter der Bar wirft die Espressomaschine an, doch der Kaffee ist schon bezahlt. Über das Kaffeetrinken in schweren Zeiten.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK  
Illustration: Petja Dimitrova

„C'è un caffè sospeso?“ – „Gibt es einen aufgehobenen Kaffee?“ Diese Frage hat eine über hundertjährige Tradition in Neapel. Ein Blick auf die Kreidetafel zeigt vier Striche hinter dem mit wackeliger Schrift gekritzelten Wort „Espresso“. Der Mann hinter der Bar wirft die Espressomaschine an, löscht mit dem Tuch einen Kreidestrich von der Tafel und reicht der jungen Frau auf der anderen Seite der Theke die Tasse mit dem frisch duftenden Kaffee. Aufgehoben heißt, ein anderer hat schon bezahlt. Wenn ein Neapolitaner glücklich ist und einen Kaffee an der Bar trinkt, bezahlt er zwei statt einen: einen für sich und einen für den Gast, der nach ihm kommt. Es ist, als ob er den Rest der Welt auf einen Kaffee einladen möchte. Entstanden ist diese Tradition als eine Regung der Freude und der Großzügigkeit.

Es ist ganz einfach. Ich zahle zwei Kaffee – einen für mich und einen für jemanden, der es sich nicht leisten kann. Personen zahlen im Voraus in einem Lokal für Essen oder Trinken, das für jemand bestimmt ist, der nicht das nötige Geld hat. Spender und Empfänger bleiben einander unbekannt, um Großzügigkeit, Ansehen und den Genuss von Kaffee auch in schweren Zeiten zu schützen. Die Sospeso-Sache hat durch die Wirtschaftskrise eine neue Dynamik bekommen. Auch in Neapel hat der geteilte Kaffee nun plötzlich existenzielle Bedeutung erlangt. Nicht nur Kaffee, sondern auch Brot, kleine Mahlzeiten



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

oder Gemüse werden so zwischen Unbekannten geteilt. In der Voivodina, in Griechenland oder Spanien machen über hundert Bäckereien, Gasthäuser und kleine Märkte mit. Auf einer Landkarte im Internet sind diese Orte verzeichnet, an denen es für Leute, die sich das Notwendigste nicht mehr leisten können, Kleinigkeiten zu essen und zu trinken gibt. Unbürokratisch, anonym, ohne Beschämung ist das Ziel. Der Kaffee ist frisch, das Kipferl nicht vom Vortag, das Brot nicht für die Letzten übrig geblieben, das Glück geteilt. Schon bezahlt, heißt es dann. Sospeso kann man auch mit „schwebend“ übersetzen. In Berlin ist daraus der „fliegende Kaffee“ geworden. „Für viele ist das Café mehr als nur eine bloße Auftankstation: Es ist Treffpunkt, Arbeitsplatz und Freizeitgestaltung zugleich.“ Das Café ist ein kommunikativer Raum, in dem jeder Mensch seinen Platz haben sollte. „Fehlt das Kaffeegeld, kann dem städtischen Treiben lediglich von außen zugeschaut werden“, erklärt die Berliner Initiative. „Wir wollen das Café wieder für alle öffnen.“ Der geteilte, der aufgehobene, der schwebende, der fliegende Kaffee wird die Welt nicht retten. Er ist aber eine starke Geste: unbürokratisch, anonym, ohne Beschämung. Der Kaffee frisch, das Kipferl nicht vom Vortag, das Brot nicht übrig geblieben – das Glück geteilt.

## SONDERECHE

## Die Säulen der Macht

Österreichs Protestbewegungen fehlt es eher an strategischem Denken denn an lustigen Ideen.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT  
PHILIPP SONDEREGGER  
Illustration: Petja Dimitrova

Die Riahi-Brüder präsentierten kürzlich ihren Film „Everyday Rebellion“ im Kino. Vom Arabischen Frühling bis Occupy Wall Street spannt die Dokumentation einen Bogen über gewaltlose Protestformen und lustvollen Widerstand. Bei der Premierendiskussion im Gartenbau-Kino waren Scheinwerfer und Fragen vor allem auf Inna Schewtschenko, Frontfrau der ukrainischen Aktivistinnengruppe Femen, gerichtet. Ihre Arbeitsweise der körperlichen Entblößung dürfte dabei nicht unwesentlich sein. Doch auch ohne nackte Haut haben während der Vorführung einfallsreiche Protestideen viel Publikumsresonanz gefunden. Der dürre Serbe Srdja Popovic, der weltweit Bewegungen aufbaut und in lapidaren Worten die Unerlässlichkeit von Planung predigt, stand beim Publikumsgespräch brav daneben und durfte gerade einmal eine Frage beantworten.

Tage später hielt FM4-Moderator Martin Blumenau seine Begeisterung für Schewtschenko in einem Blogbeitrag fest. In einer Fernsehsendung hatte sie spontan die Idee entwickelt, die Fahnen vor dem österreichischen Parlament auszutauschen und eine eigene Flagge zu hissen. Genau daran mangle es der österreichischen Protestkultur, so Blumenau: an einer kreativen, aufmerksamkeitsregenden Idee mit Mut zum Risiko.

Ich meine, genau daran mangelt es der österreichischen Protestkultur nicht. Zunächst einmal ist die Beobachtung faktisch falsch. Nicht selten wurden hierzu-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Clara Akinyosoye ist langjährige Chefredakteurin von M-Media.

## Die Tücken der Meinungsfreiheit

Thilo Sarrazin und die links-linke Jagdgesellschaft.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION.  
Illustration: Petja Dimitrova

lande Ansätze praktiziert, die erst Jahre später international reüssierten: „Titten gegen Rassismus“ hieß eine Fotoserie gegen Schwarz-Blau. Und netzwerkförmiger Protest wurde bereits 2009 von den Audimaxist/innen konzeptualisiert, als von den spanischen Indignados oder Occupy noch lange keine Rede war. Und von Risikobereitschaft können jene Tier-schützer/innen ein Lied singen, die nach mehrjährigen Prozessen rehabilitiert, aber finanziell ruiniert dastehen.

Was hierzulande fehlt, sind die kühlen Denker/innen, die nicht auf den schnellen Effekt aus sind, sondern kreativen Aktivismus mit einer tragfähigen Strategie verbinden. Einige NGOs – vor allem im Umweltbereich – verfügen über solche Kompetenzen, Ziele und Taktiken. Doch gerade unseren politischen Bewegungen mangelt es meist an einer konkreten Vorstellung, welche Verhältnisse durch welche Maßnahmen konkret verändert werden sollen. Ein Defizit, das mit noch mehr Aktionismus wett gemacht wird.

Popovic' Rezept ist nicht besonders aufregend: Er meint, um das Regime zu stürzen, müssen Protestbewegungen gesellschaftliche Säulen der Macht wie die Polizei, die Mittelschicht oder Medien für sich gewinnen. Ob konkrete Gesetzesänderungen durchgesetzt, eine Ministerin gestürzt oder sozialer Wandel bewirkt werden soll – vom Prinzip her lässt sich dieses Schema auf alle politischen Ziele anwenden. Doch das erfordert genaue Kenntnisse der Lage, einen guten Plan und Ausdauer.

Thilo Sarrazin hat wieder zugeschlagen. In seinem jüngsten Buch „Der neue Tugendterror – Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland“ rechnet er mit der links-linken Medienelite aka Gutmenschen-Jagdgesellschaft ab. Ich habe das Buch gelesen, zugegeben, nur Teile davon. Das Leben ist schließlich kurz. Und das Buch – sagen wir's höflich – ist befremdlich.

Aufgewärmte Rassentheorien aus „Deutschland schafft sich ab“, vermischt mit einem trostlosen Lamento über die Macht der Medien, mit der aufrechten BürgerInnen der Mund verboten wird, Aufmüpfige an den Pranger gestellt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. All das passiert nämlich, wenn Menschen „politisch Unkorrektes“ aussprechen. Meint Sarrazin. Der ehemalige Bundesbanker spricht den Rechten und Rechtskonservativen aus der Seele: Man darf echt nichts mehr sagen. Nicht einmal, wenn es rassistisch ist. Die Medienelite bedroht die Meinungsfreiheit. Sie glaube, sie sei immer im Recht. Alles ein bisschen dick aufgetragen, finde ich. Aber Sarrazin vergleicht sein Buch ja auch mit der Bibel. Ich sagte ja, befremdlich.

Und doch muss ich Thilo Sarrazin in einem Punkt recht geben. Es kann schwierig sein, berechnete Kritik an gesellschaftlichen Missständen anzusprechen, wenn sie in Zusammenhang mit Minderheiten stehen. Man kann auch zu Unrecht ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Als RassistIn abgestempelt, als islamophob ver-

schrien werden, weil man ungenau in der Wahl der Worte ist.

Manchmal diskutieren die sogenannten „politisch Korrekten“ lieber über die Form der Kritik als über den Inhalt. Manchmal richten sie voreilig. Das kann wehtun. Vielleicht wirken sie in Debatten mitunter selbstgefällig. Es gefällt ihnen eben, gut zu sein. Sie glauben, sie hätten immer recht? Ja. Aber wer geht schon in eine Diskussion mit dem Gedanken, sowieso unrecht zu haben?

Man kann sie abwertend Gutmenschen nennen oder auch links-linke Jagdgesellschaft. Sie bemühen sich eben, gut zu sein. Sie sind eher links als rechts. Sie suchen und finden Rassismus und RassistInnen innerhalb der Gesellschaft. Wer das Jagen nennen will – soll sein. Viel Rassismus lassen sie eben nicht mehr durchgehen. Sie regen sich auf, schreiben, posten und twittern dagegen. Sie schießen vielleicht gelegentlich übers Ziel. Aber die Geschichte ist auf ihrer Seite. Sie hat sie gelehrt, wozu Hetze, das Auseinanderdividieren von Menschen und wohin Rassentheorien führen können.

Diese „Links-Linken“ merken, wenn jemand Kultur sagt und Rasse meint. Sie sind nicht hypersensibel, nur wachsam.

Ob Thilo Sarrazin sich verfolgt fühlt, ist ihnen egal. Mir auch. Das ist nun wirklich das geringste Übel. Es stimmt schon: Heute muss man längst aufpassen, was man sagt. Wer in der Vergangenheit Opfer war, kann sich heute wehren. Kluge Geister wählen ihre Worte deshalb mit Bedacht. Sie fantasieren nicht vom Ende der Meinungsfreiheit.

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Alles über Armut

Es gibt viele Armutsfallen in Österreich, und einige davon sind erst jüngst zu solchen geworden: die Arbeit selbst zum Beispiel. Wer Vollzeit arbeitet, aber dennoch nur knapp damit über die Runden kommt, gehört zu jenen 200.000 Erwerbstätigen, die die Heraus-

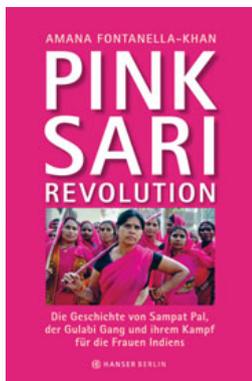
geberInnen dieses Bandes als „Working Poor“ beschreiben. Auch die Wohnung kann heute zur Armutsfalle werden, der Immo-Markt macht es möglich. Die Facetten von Armut, ihre Ursachen und Auswirkungen, ihre politische Dimension und die möglichen Lösungsansätze sind beeindruckend – und beeindruckend dargestellt: Beim Lesen dieses neu aufgelegten und erweiterten Handbuchs zum Thema Armut mit seinen stolzen 1.000 Seiten gewinnt man den Eindruck, dass es keine (statistische) Unklarheit mehr gibt, die hier von ExpertInnen und Interessierten nicht nachgeschlagen werden könnte. Das hat mit der systematischen Herangehensweise der AutorInnen zu tun, die lieber einen auf Fakten machen, als polemisch zu werden und dabei den Blick auf die zentralen

Fragen zu verwässern. Bei aller Übersichtlichkeit kommen aber auch die Darstellung der Bewältigungsstrategien von Armut („Abschnitt D“) sowie die Instrumente gegen Armut („Abschnitt F“) nicht zu kurz. Auf über 300 Seiten werden Maßnahmen von der Anrufung des Sozialstaates bis zum Betteln als quasi informellen Wohlstandstransfer, vom NGO-Engagement über Wohnungslosenhilfe bis zur Subventionierung von Lohnkosten als weitere Schritte zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut beschrieben. Am Schluss des Bandes wird die stockende Debatte über die lebenslange und bedarfsorientierte Grundsicherung aufgegriffen. Wie ist der Stand der Diskussion, welche Rolle spielen die Bundesländer, um welche Mindeststandards geht es, und welche gesellschaftlich

faire Sozialhilferegelung gilt es zu erreichen? Das Argument der Budgetknappheit, mit der eine solche verhindert wird, dürfte eher einer Klientel- und Lobbypolitik geschuldet sein als der Realität. Schon im Vorwort führen die HerausgeberInnen an: „Von den 25 größten Vermögen Österreichs ist kein einziges nichtdynastisch. Man arbeitet sich nicht reich, man wird reich geboren. Folgerichtig wird in Österreich auf die Einhebung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern verzichtet.“ *gun*

Nikolaus Dimmel, Martin Schenk, Christine Stelzer-Orthofer (Hg.)  
**Handbuch Armut in Österreich**  
 Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage  
 StudienVerlag, 49,90 Euro

## BUCH



### Pink Sari Revolution

Die Gulabi Gang, das sind die Frauen in Indien mit dem rosafarbenen Sari. Sie haben sich unter der Führung der militanten

Anführerin Sampat Pal gegründet, um sich gegen männliche Gewalt selbst zu verteidigen. Dort, wo der Staat versagt, übernehmen sie dessen Machtmonopol. Die Frauen nehmen es mit Männern auf, die Mädchen verheiraten, Frauen Schulden nicht zurückzahlen, mit korrupten Polizisten oder Lokalpolitikern, mit Patriarchen, die sich in einer ebensolchen Gesellschaft zu sicher fühlen. Das, was sich in der Erzählung der 1984 in Wien geborenen Journalistin Amana Fontanella-Khan wie ein abenteuerlicher Roman liest, ist ein gut recherchiertes und spannend erzähltes Sachbuch über die vielleicht bekannteste Aktivistinnengrup-

pe Indiens. Khan entwirft ein Porträt der Führungsfrau und Gründerin der Gulabi Gang, der knapp 50-jährigen Sampat Pal, die unter schwierigsten Lebensbedingungen, selbst als Mädchen zwangsverheiratet, eine der einflussreichsten und spektakulärsten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen des Landes gegründet hat. 20.000 Frauen sollen sich mittlerweile zur Selbstverteidigung unter der Signalfarbe Pink zusammengeschlossen haben. Khan zeigt Pal in ihrem Buch nicht als widerspruchsfreie Figur, dennoch gehören ihr die Sympathien der Autorin. Sie ist, wie man liest, Ehrenmitglied der Gulabi Gang.

Amana Fontanella-Khan  
**Pink Sari Revolution**  
 Die Geschichte von Sampat Pal, der Gulabi Gang und ihrem Kampf für die Frauen Indiens  
 Hanser Verlag  
 272 Seiten, 19,90 Euro

# Wirtschaftsliberalismus vom Fließband

Unternehmensnahe Denkfabriken breiten sich in Österreich aus.

TEXT: PINGUIN

**S**eit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise hat die neoliberale Wirtschaftswissenschaft ein massives Imageproblem. Gegen heftige interne Widerstände ist im englischsprachigen Raum auch innerhalb der Universitäten eine Debatte um die Rolle von ÖkonomInnen beim Deregulieren der Finanzmärkte, beim Schönreden von bedenklichen Entwicklungen und beim Abgeben interessengeleiteter Empfehlungen ausgebrochen. KritikerInnen fordern von den lautesten Wirtschaftsliberalen die Offenlegung von Beraterverträgen mit Privatunternehmen.

Doch akademische ÖkonomInnen sind vielleicht gar nicht das Hauptproblem. An den österreichischen Unis wird zu Wirtschaftspolitik weitgehend geschwiegen. In Ländern wie den USA kommt seit den 1990er Jahren Expertise immer öfter aus „Thinktanks“. Sie finanzieren sich aus jährlich hunderten Millionen Dollar an Privatspenden, und die Mehrheit unter ihnen ist konservativ bis wirtschaftsliberal. In Österreich waren außeruniversitäre ExpertInnenratschläge lange Zeit auf Kammern bzw. Sozialpartner sowie die großen Wirtschaftsforschungsinstitute Wifo und IHS beschränkt.

Die neoliberale „Durchregieren“-Offensive, die sich Schwarz-Blau vorgenommen hatte, begegnete Kritik mit dem Versuch, das Meinungsspektrum auch in ExpertInnenzirkeln nach rechts zu verschieben. Mit Karl-Heinz Grassers Unterstützung wurde das Hayek-Institut gepusht, das seither regelmäßig bei TV-Diskussionen eine Plattform erhält. Das Phänomen wirtschaftsliberaler Thinktanks hatte auch Österreich erreicht.



Think Tank Agenda Austria: exzessive Steuerlast als Grund für unzureichende Einkommen.

Die jüngste Wirtschaftskrise, die der Verteilungsdebatte neue Nahrung gab, sorgte nun für einen neuen Schub. Mit „Eco Austria“ schuf die Industriellenvereinigung – die zuvor dem Wifo wegen unzureichender Widerspiegelung von Industriepositionen die Subventionen gekürzt hatte – ein eigenes Institut. Anfang 2013 folgte „Agenda Austria“, das sich aus Spenden von Unternehmen und Vermögenden finanziert. Im Windschatten haben sich noch kleinere Initiativen wie „Weis(s)e Wirtschaft“ und „Pro Marktwirtschaft“ etabliert.

Einrichtungen wie „Agenda Austria“ tun sich nicht vorwiegend durch Forschung hervor. Ihr Geschäft besteht im argumentativen Unterfüttern von politischen Positionen. In einer Zeit, da die Frage „Wer zahlt für die Krise?“ virulent ist, werden gute Argumente gegen Vermögenssteuern und Sozialausgaben knapp. Hier sind Leute gefragt, die sich nicht scheuen, zu polemisieren, zu vereinfachen und Argumente zuzuspitzen.

Solche „Experten“ sind aber nicht die „wahren Machthaber“, wie so manche übertriebene Einschätzung über Thinktanks, etwa

über das berühmte Mont Pelerin Institut, nahelegt (das oft als Urheber des Neoliberalismus gilt). Erstens entstehen dort selten eigene Ideen, zweitens folgt deren Ideenauswahl weitgehend den Interessen ihrer Finanziers, und drittens ist ihre Macht in der Regel bescheiden.

Aber sie liefern Argumente, mit denen Umverteilungsforderungen abgeblockt werden können – zum Beispiel, wenn „Agenda Austria“ exzessive Steuerlast statt Ungleichheit als Grund für unzureichende Einkommen behauptet, obwohl diese Steuern staatliche Ausgaben finanzieren, mit denen die Ungleichheit der Lohneinkommen gemildert wird. Oder sie brechen Diskussionen vom Zaun, um von anderen abzulenken – etwa wenn „Agenda Austria“ wie im November 2013 die Existenz bisher unbekannter Budgetlöchern im Staatshaushalt behauptet oder etwa das umlagenfinanzierte Pensionssystem für de facto bankrott erklärt, Medien das aufgreifen und InteressensvertreterInnen mit Sparvorschlägen nachlegen. Thinktanks sind vielfach Stichwortgeber, Gewährsmänner und Unterstützer in Debatteninszenierungen von interessierter Seite. So lassen sich subtile Verschiebungen des repräsentierten Meinungsspektrums inszenieren, wenn in öffentlichen Diskussionsrunden neben deklarierten InteressensvertreterInnen ExponentInnen von Thinktanks sitzen, die ins selbe Horn stoßen und so der liberalen Meinung mehr Gewicht verleihen.

*Der Pinguin ist eine Kolumnistenleihgabe der Zeitschrift MALMOE. [www.malmoe.org](http://www.malmoe.org)*

# RECHT

Damit wir uns weiterhin  
für die Rechte aller Menschen  
einsetzen können:

**PSK 91000590, BLZ 60000**

JETZT  
ONLINE  
SPENDEN

[www.sicherspenden.at/sosmitmensch](http://www.sicherspenden.at/sosmitmensch)

**DANKE!**



Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

[www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

**FLÜCHTLINGE**

**Offener Brief europäischer NGOs: „Flüchtlinge sind keine Feinde!“**

Auf Initiative von SOS Mitmensch hat ein breites Bündnis von 35 europäischen NGOs einen offenen Brief an EU-Gremien und die EU-InnenministerInnen gerichtet. Die europäische Politik trägt Mitverantwortung für den Tod tausender Flüchtlinge. Sie blockiert Chancen und toleriert menschenunwürdige Zustände. Gefordert wird ein neues Bewusstsein: Flüchtlinge sind keine Feinde, die es abzu-

wehren gilt, sondern Menschen, die Schutz und Lebensperspektiven suchen. Dazu will SOS Mitmensch das Gespräch mit der europäischen und der nationalen Politik suchen. Bereits vergangenen November haben wir Vorschläge für ein solidarisches Asylsystem präsentiert. Wir wollen, dass die Politik legale Fluchtwege schafft, menschenwürdige Asylstandards herstellt und ein finanzielles Ausgleichssystem einrichtet.



Bündnis für anderen Umgang mit Flüchtlingen.

**DEMOS GEGEN „AKADEMIKERBALL“**

**Aufarbeitung umstrittener Polizeiaktionen notwendig**



SOS Mitmensch veranstaltete im Mai eine Podiumsdiskussion zu den umstrittenen Polizeiaktionen rund um den von rechts-extremer Seite betriebenen „Akademi-

kerball“. ExpertInnen und Beteiligte diskutierten in der Akademie der Bildenden Künste. Hier ein kurzer Auszug: Rektorin Eva Blimlinger nahm die Abriegelung der Akademie am 24. Jänner so wahr: „Es haben sich skurrile Szenen abgespielt. Vier Stunden hat die Blockade durch die Polizei gedauert. Polizisten wussten nicht, warum sie hier sind und was sie tun sollen.“ Mahsa Ghafari, Vorstandsmitglied von SOS Mitmensch und Betroffene der Polizeiaktionen: „Eine Strategie der Einschüchterung war klar spürbar. Ich war erschüttert über das Vorgehen der Polizei und auch darüber, dass die Kundgebung

am Heldenplatz, an der Holocaust-Überlebende teilnehmen wollten, unterbunden wurde.“ Für den Menschenrechtsexperten Walter Suntinger hat die Polizeiführung eine Sicht auf DemonstrantInnen offenbart, die mit einem modernen Menschenrechtsverständnis nur wenig zu tun hat: „Es gibt allerdings auch innerhalb der Polizei kritische Sichtweisen auf den Polizeieinsatz. Eine Aufarbeitung der Ereignisse, im Idealfall im Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft, ist notwendig.“ Weitere Auszüge finden Sie auf unserer Webseite: [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

**Danke an die MigrantInnen aus der Türkei!**

Aus Anlass des 50-Jahre-Jubiläums des Anwerbeabkommens mit der Türkei möchte SOS Mitmensch allen Menschen, die der Anwerbung gefolgt sind, ein großes Dankeschön aussprechen: Sie sind ein wichtiger Bestandteil Österreichs. Sie haben viel zur Entwicklung des Landes beigetragen. Viel Kraft, positive Energie und alles Gute für die Zukunft!

**Erben ist keine Leistung**

Bei Bildung und Entwicklungszusammenarbeit wird gekürzt. Untere Einkommen schrumpfen aufgrund der kalten Progression. Unangetastet bleiben jedoch große Vermögen und der leistungslose Vermögenserwerb, sprich: das Erben. So wird Österreich nicht gerechter. Wir fordern: Entlastung von Arbeit. Und: Abgaben auf große Vermögen und Erbschaften.

**Erfolgreicher Gesellschaftsklimatag**

SOS Mitmensch und zahlreiche andere Organisationen haben heuer erstmals den Gesellschaftsklimatag begangen. Mit einem einzigartigen Event auf der Mariahilfer Straße und einem Rekord an vielsprachigen Presseaussendungen wurde die Veranstaltung erfolgreich absolviert. Mehr Informationen auf: <http://gesellschaftsklima.at/>



Erster Gesellschaftsklimatag zur Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas.

## ANDERE ÜBER ...

# Top-down-Strategie

Ist der Migrationsrat mehr als eine neue Herrschaftsstruktur im Innenministerium?

Kommentar: simon INOU

Wien, 3. April 2014. Vor den Mikrofonen, Kameras und neugierigen Blicken wird der neue Migrationsrat vorgestellt. Innenministerin Mikl-Leitner, die den Rat präsentiert, betont die Komplexität und die Emotionalität der geführten Diskussion zum Thema Migration. Daher bräuchten wir „Menschen, die sachlich über dieses Thema debattieren“, so lautet die Botschaft der Ministerin. Mediengesichter wie Paul Lendvai sollen diesen Rat leiten. Weitere Personen im Rat sind z. B. Arabella Kiesbauer, die seit dem Ex-Innenminister und heutigen Tiroler Landeshauptmann Günther Platter die kosmetische und kommunikative Außenseite der ÖVP repräsentiert. Sie leitet das Arbeitsfeld „Diversität“. Ein anderes Mediengesicht, nämlich Mediencoach Gerald Groß, leitet das Arbeitsfeld „Politisches System und Medien“. Warum leiten 14 erfahrene Mediengesichter einen Rat von zehn Handlungsfeldern?

Seit Sebastian Kurz aus dem Innenministerium mit seiner Medienmeute und den BeraterInnen verschwunden ist, ist das Innenministerium zum Innenministerium geworden. Als Polizeiministerium, in dem Menschenschicksale entschieden werden. Das zeigen die Statistiken von Asyl und Abschiebungen. Ein Ministerium, wo auch über Leben und Tod bestimmt wird. Also ein Hardcore-Ministerium, wo das Agenda Setting von Asyl, Kriminalität, Sicherheit und Frontex mehrheitlich mit Migration (nicht mit EU-Mobilität zu verwechseln) in Verbindung gebracht wird. Keine schönen Themen, um das Medienfeld positiv zu besetzen. Mit seinem Motto „Integration durch Leistung“ hatte Kurz als Staatssekretär noch Schatten auf Mikl-Leitners Arbeit geworfen. Gut für die Partei. Gut für eine Versachlichung der Politik. Medial rettete Kurz seinerseits das Image des Innenministeriums.

Seit mindestens fünf Jahren erleben wir im Bereich Migration eine inflationäre Vergrößerung des Wortschatzes bei der Beschreibung desselben Phä-

nomens. Von Migration wird eher dann gesprochen, wenn es um Arbeitskräftewanderungen aus nichteuropäischen Ländern, aus Drittstaaten oder um Flucht und Asyl geht. Als Mobilität (EU-Mobilität steht auch im Regierungsprogramm) werden hingegen innereuropäische und generell auch Wanderungen von Hochqualifizierten bezeichnet. Fragen von Migration und Mobilität sind eben immer auch in Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebunden. Der Migrationsrat, der allein aus Menschen ohne Migrationserfahrung, sondern eher mit EU-Mobilitätserfahrung besteht, wird also unsere Sicherheitsministerin beraten. Oder plakativer formuliert: Inländer, die nie eine ernsthafte Auslandserfahrung gemacht haben, beraten nun Mikl-Leitner, unter welchen Umständen Ausländer bzw. Fremde ins Land kommen können. In der Regierung gibt es derzeit drei staatliche Beiräte und 16 Handlungsfelder zum Thema Integration/Migration, die sich in den meisten Punkten überschneiden. Mit der Errichtung des Migrationsrats setzt die Regierung den Trend seit 2010 fort. In keinem EU-Land werden zu diesem Thema so viele Beiräte für Regierungsmitglieder eingesetzt wie in Österreich.

Nach dem „unabhängigen Expertenrat für Integration“ und seiner Gründung 2010 wurde parallel dazu unter Maria Fekter der Integrationsbeirat gegründet. Mittlerweile wurden all diese Ausschüsse in das Außenministerium verschoben. Wozu werden aber all diese Beiräte gebraucht, wenn Entscheidungen ohnehin nur top-down getroffen werden? Wo sind jene Menschen, die sich tagtäglich, jenseits von Theorien, mit diesen Fragen auseinandersetzen? Was können Kiesbauer, Lendvai und Groß zum Thema Frontex ernsthaft beitragen? Genau nichts. Bleiben wir trotzdem neugierig. Die Ergebnisse sollen in eineinhalb Jahren vorliegen. Übrigens: Der Migrationsrat ist bei seiner Tätigkeit unabhängig und weisungsfrei.



Illustration: Petja Dimitrova

## ZUR PERSON

### simon INOU

simon INOU ist freier Journalist, Bürgerrechtsaktivist und Gründer von M-Media. Er lebt in Wien.



Bezahlte Anzeige



# Kinder, Kinder: eine Welt voll neuer Ideen für Wien!

Für uns ist Wien die Welt:  
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
der Stadt Wien



Wie kann man das Leben in Wien für Sie noch einfacher machen? Um diese Frage drehen sich alle Bemühungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt.

Gut betreut ins Leben starten: die MA 10 - Wiener Kindergärten tun alles, um unseren Kindern Lust auf Bildung zu vermitteln. Den Wissensdurst können sie später auch in der MA 9 - Wienbibliothek befriedigen. Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, ja sogar Handschriften stehen in dieser stadtgeschichtlichen Gedächtnisinstitution zur Verfügung. Zum Teil auch als E-Books on demand. Smarte Ideen wie diese machen das Leben in Wien in Zukunft noch besser und einfacher. Und unsere Stadt zur lebenswertesten Stadt der Welt.

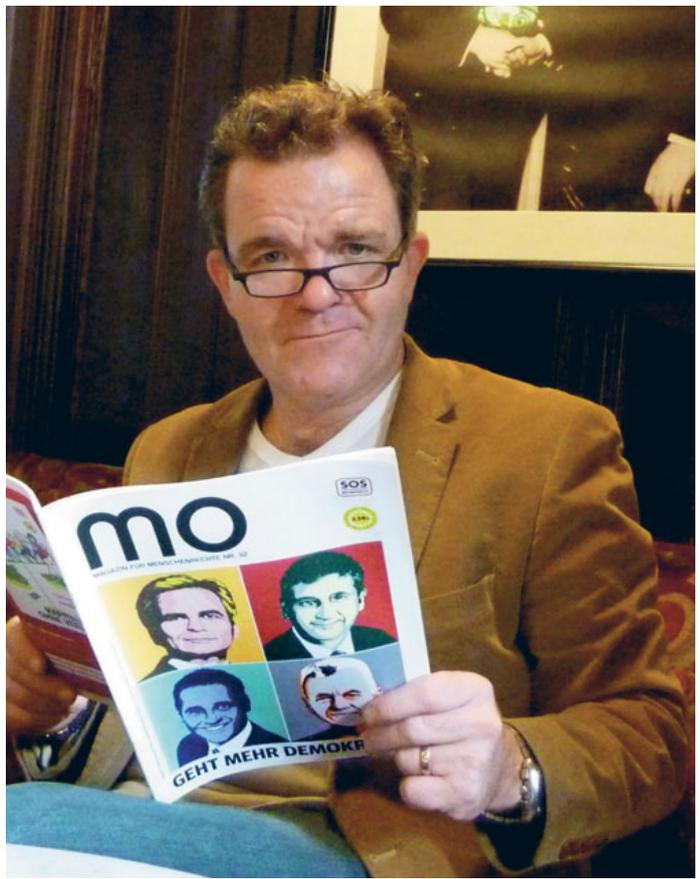
Mehr Infos unter [www.kindergaerten.wien.at](http://www.kindergaerten.wien.at) und [www.digital.wienbibliothek.at](http://www.digital.wienbibliothek.at)

# Wien. Die Stadt fürs Leben.

Stadt  Wien

**„Menschenrechte gehen  
uns alle an. Mir ist die  
unabhängige Aufbereitung  
von Menschenrechtsthemen  
im MO-Magazin von SOS  
Mitmensch 86 Euro im  
Jahr wert. Ihnen auch?“**

***Cornelius Obonya***



#### ABO-BESTELLUNG

- MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

#### ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

- Zahlschein

#### LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

**E-Mail** abo@momagazin.at

**Fax** 01/524 99 00-9

**Post** SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte  
im Auge behalten!**